

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeilen 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Nicht Selbstsucht, sondern Bruderliebe.

Wo immer Menschen sich zu gemeinamen Zwecken vereinigen, gibt es welche unter ihnen, die selbstsüchtige Nebenabsichten in der Bewegung verfolgen, die das edle Zusammensein zum Sprunghieb in der Erreichung ebrüner Ziele machen wollen. „Streber“ werden sie genannt. Schön und ein Zeichen von Gesundheit einer Bewegung ist es, wenn deren Angehörige miteinander wetteifern auf allen Tätigkeitsgebieten. Was in diesem edlen Wettstreit gewonnen wird, ist für die Sache gewonnen, der alle gleichermaßen dienen. Des Siegers Lorbeeren fallen der Gesamtheit zu. Ganz anders die Verleumdung der persönlichen Wünsche des „Strebers“, der sich überall veranbringt, um äußerlich an Amt und Ämtern emporzuklimmern. Er bleibt eine Gefahr für die Sache der Gesamtheit. Der Besie und Dichtigste sei der andere Führer! Wo solche Talente sich vorfinden, da werden sie sich auch ohne Streberoffenbaren und gefunden werden. Die Streber sind unruhige Kantonisten. Sie vertragen, wo sie Selbstlosigkeit und Opferfähigkeit erweisen sollen. Sie werden, einmal am Ziel ihrer Wünsche angelangt, die „Salten“ werden, die „Spießer“, die Hirten, die nicht mehr bei der Herde sind, wenn der Wolf einreißt.

Geschwommen, ein großer Gewinn jeder, dessen Eifer und Idealismus zu rastloser Tätigkeit im Dienste der Sache drängt; eine innere Schwächung der Position jeder, der aus unklarerer Beweggründen sich Schutze an Eckler stellt. Unsere christliche Arbeiterbewegung will eine Kultur-Bewegung sein. Das kann sie nur, wenn alle Mitglieder der Bewegung der eine große Gedanke durchzieht, einander zu nützen in christlicher Bruderliebe. Wenn es bei und voll in aller Herzen klingt, dann mangelt uns nicht der ideale Schwung, die himmelstürmende Kraft. Und diese verbürgen den Sieg!

Arbeiter-Zeitung 1908.

Streitversicherung in Arbeitgeberverbänden

Die Kämpfe der Unternehmerorganisationen gegenüber den organisierten Arbeitern haben in den letzten Jahren hauptsächlich auf die Schaffung von Streitversicherungen hingezielt. Es wurden besondere Klassen eingerichtet, aus denen alle von einem Streik oder einer Aussperrung betroffenen Unternehmer ganz oder teilweise schadlos gehalten werden. Für die Arbeiterorganisationen ist diese Einrichtung ganz besonders beachtenswert und gefährlich, weil dadurch die Widerstandskraft des einzelnen Unternehmers gestärkt und die Lohnkämpfe wesentlich länger und heftiger werden müssen. Eine genaue Beobachtung dieser Kämpfe im Unternehmerlager ist mithin für die Gewerkschaften äußerst notwendig, wenn wir nicht die gegnerischen Kräfte unterschätzen und die verhängnisvollen Weiterungen einer solchen Unternehmung vermeiden wollen.

Bisher ist von dem wirklichen Umfang der von Arbeitgeberverbänden errichteten Streitversicherung wenig in die Öffentlichkeit gedrungen. Die letzte Nummer des „Reichsarbeitsblatts“ (Dezemberheft 1907) bringt nun einen Artikel über „Die weitere Entwicklung der Streitversicherung der Arbeitgeber im Deutschen Reich“, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Es muß zwischen zwei großen zentralen Streitentschädigungsgesellschaften geteilt werden. Für die dem „Bund deutscher Arbeitgeberverbände“ angeschlossenen Verbände und Gesellschaften soll die Rückversicherung in der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ erfolgen; für die der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ angeschlossenen Verbände (S. 44) in dem „Schutzverband gegen Streikschäden“.

Die Gesellschaft des vorgenannten Vereins nimmt nur Verbände als Mitglieder auf, die diesem selbst angehören. Einzelne Firmen werden nicht aufgenommen. Der Beitrag an die Rückversicherungsgesellschaft beträgt 1/2 vom Tausend der Jahreslohnsumme der in den einzelnen Verbänden beschäftigten Arbeiter. Die Rückversicherungsgesellschaft prüft die Ursachen des Streiks nicht. Dies überläßt sie den einzelnen Verbänden. Sie prüft nur, ob diese selbst ihre sühnmäßigen Verpflichtungen erfüllt und namentlich, ob sie Beiträge bereits bis zum Maximalfuß erhoben haben. Entschädigt werden 12 1/2 vom Hundert des täglichen durchschnittlichen Verdienstes der beschäftigten Arbeiter. Bei Aussperrungen vermindert sich die Leistung in Abhängigkeit nach der Zahl der Aussperrten. Die Zahlung der Entschädigung ist von der Höhe der vorhandenen Mittel abhängig. Die Unternehmungen werden nur jährlich gezahlt.

Die Rückversicherungsgesellschaft der „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ erhebt nur 1/4 vom Tausend der in den angeschlossenen Verbänden verdienten Arbeiterlöhne. Sie begrenzt deshalb ihre Leistungen mehr als die vorgenannte Gesellschaft. Die Unternehmung tritt erst ein, wenn der Streik länger als einen Monat dauert und mehr als ein Prozent der beschäftigten Arbeiter umfaßt. Die Unternehmung darf für jeden Wochentag nur ein Dreitausendstel der Jahreslohnsumme des Verbandes und die tägliche Leistung der Gesellschaft nicht mehr als ein Dreitausendstel der am Schluß des Vorjahres vorhandenen Mittel betragen. Dafür werden aber die Unternehmungen entgegen der oben beschriebenen Gesellschaft sofort gezahlt.

Wie der Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller Dr. Stresemann in Eisenach auf der Arbeiternachweiskonferenz äußerte, werde der Schlußstein dieser Bestrebungen gegen Streikschäden eine große Streitentschädigungsgesellschaft sein, die sämtliche deutschen Industriezweige umfaßt.

Was nun die Entschädigungsgesellschaften der einzelnen Verbände, welche in den genannten großen Streitentschädigungsgesellschaften ihren Rückhalt finden sollen, betrifft, so ist aus dem Geschäftsbericht der am 20. März 1907 stattgefundenen ordentlichen Ausschussung der Gesellschaft des Gesamtverbandes des sächsischen Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen folgendes hervorzuheben:

Die Zahl der Gesellschaftsmitglieder, welche sich am 1. Januar 1906 auf 742 Firmen mit 119 443 Arbeitern und einer Lohnsumme von 139 Millionen Mark bezifferte, ist im Laufe des Geschäftsjahres auf 1048 Firmen mit rund 160 000 Arbeitern und einer Lohnsumme von 185 Millionen Mark gestiegen. Die Gesellschaftsmitglieder verteilen sich im Jahre 1906 auf 29 Bezirksverbände des Gesamtverbandes gegenüber 22 Verbänden im Vorjahre. Außerdem waren der Gesellschaft noch 22 Einzelmitglieder angeschlossen. Die im Berichtsjahr gestellten Entschädigungsberechtigten anerkannte Mannzahl 313 539, auf Aussperrungen 642 741. An die entschädigungsberechtigten Firmen kamen für das Jahr 1906 524 059,07 Mark zur Verteilung. Der Liquidationsfonds wies am 31. Dezember 1906 einen Bestand von 42 304,60 Mk. auf.

Am 28. Mai 1906 hat die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller mit noch vier Streitentschädigungsgesellschaften jene Rückversicherungsgesellschaft, die Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, gegründet, über deren Beitritts- und Beitragsbedingungen oben schon berichtet wurde. Bei den 5 Mitgliedern der Rückversicherungsgesellschaft waren 255 896 Arbeiter mit einer Lohnsumme von 208 261 000 Mk. beschäftigt. An entschädigungspflichtigen Mannzahl wurden für das zweite Halbjahr 1906 zusammen 263 203 nachgewiesen, für welche 58 200,79 Mk. gezahlt wurden. 17 753,93 Mk. Ueberfluß wurden auf das neue Jahr vorgetragen.

Bis zum 22. Juli 1907 waren 13 Verbände mit rund 330 000 Arbeitern und 360 Millionen Jahreslohnsumme der Gesellschaft angeschlossen.

Eine Satzungsänderung der Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller dahin gehend, daß der Mitgliedsbeitrag von 1 Mk. auf 3 Mk. pro 1000 Mk. der Jahreslohnsumme unter Wegfall der Nachschußverpflichtung erhöht wurde, ist mit dem 1. Januar 1907 in Kraft getreten.

In der Holzindustrie hat eine Zusammenfassung im Arbeitgeberverbände für das deutsche Holzgewerbe stattgefunden. Dieser Arbeitgeberverbände ist der Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen angeschlossen. Vor dem Anschlusse an die letztere Gesellschaft gestaltete sich die Streikunterstützung in den letzten Jahren so, daß im Durchschnitt pro Streiktag und Arbeiter 20—25 Pfg. Vergütung bezahlt wurden. Bis Ende vorigen Jahres wurden über 100 000 Mk. an Streikunterstützung gezahlt, u. a. erhielt der Düsseldorf-Bezirksverein bei dem Streik im Jahre 1905 rund 11 500 Mk.

Dem Geschäftsbericht der Streitunterstützungshauptkassa des Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe für das Geschäftsjahr 1906/07 (April zu April) ist folgendes zu entnehmen. In Anbetracht der vielen mit Lohnbewegungen bedachten Ortsgruppen und der zu bezeichnenden effektiven Streiks, sowie ferner mit Rücksicht darauf, daß nach der Satzung nur die Jahresentnahme zu Entschädigungen verwendet werden darf, sah sich der Aufsichtsrat wie die Vorstandschäft genötigt, von dem ihnen zustehenden Recht Gebrauch zu machen, und zu beschließen, daß durch eine Aussperrung nur jenen Ortsgruppen eine Entschädigung zuteil werden soll, die länger als 10 Tage an derselben beteiligt waren, und daß die zu leistenden Entschädigungen im allgemeinen entsprechend zu reduzieren seien.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden für Entschädigungen an die Ortsgruppen Essen, Bochum und Erlangen zusammen 1 634,40 Mk und im Frühjahr 1907 an 22 Ortsgruppen 40 561,70 Mk

in Summa 42 196,10 Mk bezahlt. Nach dem Stande vom 31. März 1906 gehörten der Streitentschädigungskasse 72 Ortsgruppen mit 1764 Mitgliedern und 15 638 Arbeitern an. Neu hinzu kamen 14 Gruppen mit 296 Mitgliedern und rund 1700 Arbeitern. Das Vermögen beträgt 86 050,66 Mark.

Neben den bisher genannten ist noch die Tätigkeit von zwei gemischten Verbänden hier zu erwähnen, das ist: die Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen und die Streitunterstützungsgesellschaft des bayerischen Industriellenverbandes.

Der Zweck ersterer Gesellschaft ist, Arbeitseinstellungen in den Betrieben ihrer Mitglieder zu verhindern und die wirtschaftlichen Folgen von unvermeidlichen Arbeitseinstellungen zu mildern. Mitglied dieser Gesellschaft kann jeder Arbeitgeber werden, welcher dem Verband sächsischer Industrieller angeschlossen ist. Das Recht der Entschädigung beginnt für die bei der Gründung beteiligten Firmen 6 Wochen, für später beigetretene Firmen 90 Tage, nachdem das betreffende Mitglied die Nachricht von seiner Aufnahme erhalten hat. Das Eintrittsgeld beträgt für die bei der Gründung beteiligten Firmen 25 Pfg., für später eintretende Firmen 50 Pfg. für 1000 Mk. der Jahreslohnsumme. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt 1 Mk. von 1000 Mk. derselben Jahreslohnsumme. Der jährliche Mitgliedsbeitrag kann auf 3 Mk. von 1000 Mk. erhöht werden, wenn der Vorstand mehr Entschädigungen zu bewilligen veranlaßt sein sollte, als der nach der letzten Jahresrechnung ausgewiesene Entschädigungsbestand beträgt. Die Mitglieder können

Bei Arbeitsentlassungen in ihren Betrieben die Bewilligung einer Entschädigung beantragen, auf welche ihnen jedoch ein klagerer Anspruch nicht zusteht. Der Vorstand kann für jeden durch die Arbeitsentlassung ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Vermögensgesellschaft angestellten Personals bewilligen. Die volle Entschädigung von 25% des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden ausgesperrten Arbeiter kann nur bewilligt werden, wenn die Zahl der bei einer einzelnen Firma ausgesperrten Arbeiter 500 nicht übersteigt. Für weitere ausgesperrte Arbeiter können folgende Entschädigungen bewilligt werden:

von 501 bis 1000 . . .	pro ausgesperrten	Prozentzahl b. durchschnittlichen Tagesverdienstes
1001 " 2000 . . .	"	12 1/2
2001 " 4000 . . .	"	7 1/2
über 4000 . . .	"	5
		2 1/2

Der Mitgliederbestand ist seit der Gründung von 168 auf 875 Firmen gewachsen.

Die oben zu zweit genannte Gesellschaft des Bayerischen Industriellenverbandes baut sich auf den folgenden Satzungen auf:

Mitglied kann jeder Arbeitgeber werden, der einen Gewerbebetrieb im Königreich Bayern ausübt. Der Beitrag beträgt 3 Mk. vom Tausend der Jahreslohnsumme. Bei Arbeiterstreiks hat jedes Mitglied das Recht, einen Entschädigungsantrag an die Gesellschaft zu richten. Ueber die Gewährung einer Entschädigung entscheidet eine Kommission aus 3 Mitgliedern. Gegen die Entscheidung dieser Kommission steht dem Antragsteller die Berufung an ein unparteiisches Schiedsgericht zu. Die Entschädigungen werden alljährlich am Ende des Jahres ausbezahlt. Als Entschädigung werden 25% des Arbeitslohnes pro Tag und freiliegenden Arbeiter bewilligt. Um kleineren Gewerbetreibenden, denen mit einer soartigen Hilfe gebient ist, entgegenzukommen, wurde bestimmt, daß acht Tage nach Stellung des Entschädigungsantrages eine vorläufige Entschädigung gewährt wird. Um aber zu jedem Zeitpunkt den Verpflichtungen nachkommen zu können, wurde festgesetzt, daß an Vorständen pro Tag nicht mehr als ein Tausendstel des letzten Jahresertrags ausbezahlt wird. Von dem am Jahresende übrig bleibenden Geldern werden 20% dem Reservefonds zugeführt. Dieser hat den Zweck, in dringenden Fällen eine höhere Entschädigung als satzungsgemäß vorgesehen ist, zu gewähren, oder die Möglichkeit zu bieten, zu einem anderen Entschädigungsmodus überzugehen. Außerdem will die Gesellschaft auch bei Ausbesserungen eine Entschädigung gewähren, und zwar bis zu 250 Ausgesperrten in voller Höhe, über 250 bis 7000 Personen mit 12 1/2 Prozent des Tageslohnes, bei noch mehr Ausgesperrten mit einem noch geringeren Satz.

Alle bisher bestehenden Verbände haben sich der Entschädigungs-Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen, welcher auch von dem Arbeitgeberverband im bergischen Industriebezirk angehörenden Verbänden 108 Mitglieder mit einer Lohnsumme von 13518 120,02 Mk. beigetreten sind.

Der Verband von Arbeitgebern der Sächsischen Textilindustrie, welcher der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände angeschlossen ist, sahte am 31. Dezember 1906 571 Mitglieder, die 96500 Arbeiter beschäftigten. Der Gesamtbeitrag der an die Mitglieder von der Hauptstelle gezahlten Entschädigungen betrug für das Jahr 1906 rund 1200 Mk.

Die Bewegung ist heute noch im Fluß. Deshalb läßt sich auch noch kein Gesamtüberblick gewinnen über die Zahl der einer Streikunterstützungsgesellschaft angeschlossenen Firmen, über die Höhe ihrer Vermögen und die Zahl der beschäftigten Arbeiter. Die hier wiedergegebenen Angaben über Zahl der Betriebe usw. sind auch um bewilligen nicht vollständig, weil verschiedene Verbände aus tatsächlichen Gründen zahlenmäßige Angaben nicht zu machen wünschen.

Soweit das Reichsarbeitsgesetz die letzte e und u. G. doppelt unterworfen werden. Die meisten Unternehmerverbände werden ihre Karten nicht offen legen. Desto mehr Beachtung haben aber die Gewerkschaften dieser Frage zu widmen, und auch ihre Statistik — nämlich erhöhte Opferwilligkeit zu pflegen und starke Kriegsklassen zu schaffen — demgemäß einzurichten.

Für die Metallarbeiter ist besonders beachtenswert, daß die Streikversicherungsgesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallarbeiter erst mit dem Jahre 1907 den Beitrag von 1 Mk. auf 3 Mk. pro Tausend der Lohnsumme, mithin um das Dreifache erhöht hat. Wieder eine erste Warnung für die Metallarbeiter, auch ihrerseits in der Opferwilligkeit nicht zu erlahmen.

Ein Menschenfeind

Im gefährlichsten Sinne des Wortes ist der Staub. Am gefährlichsten ist er für den Arbeiter, der in jeder seiner Beschäftigung Tag für Tag in staubgeschwängerten Räumen tätig sein muß und gegen die Gefahren dieses Menschenfeindes allmählich abgestumpft

wird. Vorzugsmittel sind es die Arbeiter der Metallindustrie, die unter der Einwirkung des Staubes unabweisbar zu leiden haben, insbesondere dort, wo es an mangelnder Ventilation fehlt, worüber wir ja in großen Worten vorwärtend zu klagen haben.

Der Staub äußert seine schädigende Wirkung auf die menschlichen Organe auf dreierlei Weise:

- 1) er erzeugt Katarakte und Entzündungen der Atmungsorgane;
- 2) er macht die Gewebe der Atmungsorgane durch Zerstörung ihrer Oberfläche unabweisbar für die zahlreichen in der Luft liegenden Krankheitserreger (insbesondere der Tuberkulosen- und Diphtheriebazillen) und
- 3) führt solche selbst dem Körper zu.

Die gefährlichste Staubart ist der Metallstaub mit seinen scharfen Edigen. Professor Sommerfeld hat festgestellt, daß in Berufen mit metallischer E. a. b. entwicklung von 1000 Sterbefällen 471 auf Lungen- schwindsucht zurückzuführen sind. War die Sterbestatistik in unserem Vaterlande etwas näher verfolgt, wird diese Feststellungen Sommerfelds schon im Bereiche unseres Verbandes vollaus bestätigt finden. In den meisten Fällen sind Lungen- und andere durch Staubeinwirkung beeinflusste Krankheitserscheinungen als Todesursache vermerkt. Wie Metallarbeiter haben deshalb auch die meisten Ursache, diesen Menschenfeind mit allen Mitteln zu bekämpfen, unschädlich zu machen und unsere Gesundheit so weit wie eben möglich gegen die vorhererenden Wirkungen dieses Würgengels zu verteidigen. Das können wir aber nur dann erfolgreich, wenn wir diesen schleichenden Feind und seine Gepllogenheiten näher kennen.

Zu der „Christlichen Arbeiterin“ hat lehrhin Herr Dr. Dom einen Aufsatz über den Staub und seine Gefährlichkeit veröffentlicht, dem wir folgendes entnehmen:

Ein böser Gast, der Staub, namentlich in heißen, trockenen Tagen ein gefährlicher Menschenfeind! Auf Straßen und Plätzen treibt er sich herum, vom Winde aufgewirbelt, immer von neuem ersiehend, trotz aller künstlichen Beiprungen, die harmnädige Plage der Großstädter, denen er in die Augen zieht und das Messen der Fenster verbietet, durch die noch ein wenig frische Luft hereinströmen könnte in die Wohnungen. Und die dem Lärm der Städte, ihrer Hitze und Enge, ihrem Staub und Waggengeräusch zu fliehen, die verfolgt er auf der Landstraße, im Eisenbahnwagen, in der eleganten Equipage wie auf dem Kapverden und türrenden Koffwagen, bis sie endlich als Fußwanderer eintreten in grüne Wiesen und Wälder. Staubfrei! Welcher Raum ist staubfrei? Ein Sonnenstrahl, der durch das schattengebende Blätterdach in die Tiefe des Waldes hinein fällt, verrät dem Auge, daß auch hier tausende von kleinen Körperchen in jeder beständigen Menge Luft hin und her, auf- und abschwärmen. Der seine Sonnenstrahl selbst genügt, um die im Januar eingesperrte Luft durch Erwärmung in Bewegung zu bringen, welche die schwebenden „Sonnenhäubchen“ ausveratet. Was fest ist, das verwirrt an der Luft unter dem Eindruck von Wärme und Kälte, von Feuchtigkeit und Trockenheit, von mechanischer Auslösung und Abnutzung zu unendlich kleinen Teilchen, die von der bewegten Luft fortgerissen, als Staub umhergeragen werden.

Seiner größten Masse nach besteht der Staub aus feinsten und erdigen Sand- oder Steinbröckchen und ist daher nicht bloß häßlich, wenn er die Gegenstände bedeckt, sondern er schadet ihnen auch, wenn er nicht vorzüglich entfernt wird. Deshalb nimmt eine sorgsame Hausfrau zum Abwischen das weiche Tuch oder einen Pinsel oder eine weiche Bürste, keines Leder oder dergleichen.

Am der Oberfläche unseres Körpers verursacht der Staub uns allerlei Beschwerden, er reizt die Augen, irritiert zwischen den Zähnen, dringt sogar durch die Kleidungsstücke, und da machen wir denn die Entdeckung, daß stumme Reinigung, sei sie auch anscheinend recht gründlich, nicht völlig hilft. Die Staubkörner sind nämlich in die zahlreichen Vertiefungen der Oberhaut, in die Vertiefungen der Schweißdrüsen und Haarbügel eingedrungen, wo sie sich festsetzen und nicht so leicht gänzlich wieder entfernt werden können.

Einige Staubarten, namentlich fein gepulverte Metalle und Metallpulver, sowie auch gewisse Pflanzenteile, z. B. der Tabakstaub in den Tabakfabriken, reizen die Haut, mit der sie vielfach in Berührung kommen. Derartig, daß Entzündungen von oft sehr langer Dauer und großer Heftigkeit daraus entstehen, ja es können sogar giftige Bestandteile von der Haut in das Blut gelangen und allgemeine Krankheiten erzeugen; so z. B. das Bleimehl, welches die durch Fäulungen, heftige Fäulungskammer, Bleifarben und noch hundertfachen Folgen hervorgerufenen Blausucht hervorzurufen kann. Wer mit solchen Stoffen zu tun hat, wie etwa die Arbeiter in chemischen Fabriken usw., darf dem Staube nur möglichst wenig von seiner Körperoberfläche berühren und muß sich dabei der sorgsamsten Reinlichkeit hüten.

Endlich bringe aber der Staub mit seiner Atemzug auch in das Innere unseres Körpers hinein. Unabwiesbar wird es ihm nicht so leicht gemacht, bis in die Tiefen der Lunge zu gelangen, daß wir

aus allzusehr vor den Millionen Körperchen zu fliehen brauchen, die wir, wie jeder Blick auf einen Sonnenstrahl uns lehrt, mit jedem Atemzuge einschleppen. Da gibt es nämlich viele Störungen und Strombrecher, von denen die Luft herangezogen wird und die in ihr schwebenden Körperchen abgerast. Der Strom der eingatmeten Luft hat sich nämlich zunächst durch die Nase in zwei schmalen und hohen Kanälen zu bewegen, welche durch muschelartig geformte, von den Seitenwänden her vorprunende Platten eingengt und recht zur Brechung und Verteilung des Luftstromes eingerichtet sind. Die eingatmete Luft strömt ferner gegen die hintere Wand des Schlundkopfes, von wo sie nach vorne gegen den Kehlkopf geleitet wird. Dort hat sie zunächst die Spalte der Kehlkopf- und dann diejenige der wahren Stimmbänder zu passieren. Endlich teilt sich die Lufttröhre am Übergange zur Brusthöhle in zwei Äste, die in einem stumpfen Winkel seitwärts auseinandergehen. Und da sich ähnlich gestaltete Teilungen innerhalb der Lungen unzählige Male wiederholen, so ist ebenso oft eine starke Ablenkung und Brechung des Luftstromes gegeben. Die sämtlichen Luftwege sind aber mit einer Haut ausgekleidet, die von einer schleimigen Flüssigkeit überzogen ist, in der die zarten Staubchen hängen bleiben, um durch Hustenstöße wieder ausgeleitet zu werden.

Ob von dem in der Luft schwebenden Staube viel oder wenig oder gar nichts in die Lunge gelangt, das hängt zumeist davon ab, ob mit großer Gewalt, mäßig oder schwach eingatmet wird. Und da der Eingang durch den Mund sehr viel weiter und grader und mit weniger Strombrechern versehen ist, als derjenige durch die Nase, so wird bei Atmen durch den Mund am meisten Staub in die Lungen selbst hineinkommen. Das geschieht gewöhnlich bei anstrengender Körperarbeit, bei raschem Gehen und Laufen usw. Also auch wegen des Staubes — wie aus manchen anderen Gründen — ist es zweckmäßig, bei geschlossenen Munde durch die Nase zu atmen. Schon die Kinder sollen so früh wie möglich hieran gewöhnt werden.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß der Staub zu denjenigen Menschenfeinden in der Natur gehört, die unserem Wohle, ja unserem Leben höchst gefährlich sein können, gegen die wir aber gute Waffen besitzen, um uns zu wehren: das ist vor allem die Selbsthilfe durch Reinlichkeit am ganzen Körper. Wo die Umstände und Verhältnisse die Selbsthilfe nicht mehr als ausreichend erscheinen lassen, da ist es Sache der sozialen Fürsorge, einzugreifen.

Soweit der Aufsatz in der „Christlichen Arbeiterinnenzeitung“. Mehr Aufklärung über Volksgesundheitspflege muß durch unsere Organisationen vermittelt werden.

In manchen Städten wird es möglich sein, sozial- und volkreundlich gesinnte Ärzte zu Vorträgen in unfern Arbeiterversammlungen zu gewinnen, die dann über Fragen der Volksgesundheitspflege sachverständige Aufklärung geben können. Mögen sich unsere örtlichen Leitungen um solche Referenten bemühen, denn auf diesem Gebiet gibt es für die Arbeiterorganisationen noch wichtige und dankbare Aufgaben zu lösen, wenigstens an deren Lösung mitzuarbeiten.

Die „Gelben“

Es will nachher gerade scheinen, als ob die „gelbe Gefahr“, das heißt die Gefahr, die einer gesunden Entwicklung der deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung infolge der Ausbreitung der sogenannten „gelben“ Gewerkschaften droht, doch eine größere ist, als man anfangs annehmen mochte. Nicht daß diese Erscheinung in den Vorzügen etwa dieser „gelben“ Organisationen, ihrem innern Inhalt und wirtschaftlichen Wert läge! Denn sonst könnte man eben nicht von einer „gelben Gefahr“ sprechen! Die Art und Weise vielmehr, wie man die „gelbe“ Idee in den verschiedensten Spielarten in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft einzuschmuggeln sucht, vor allem aber die Idee selbst mit ihrer Erziehung der Arbeiterschaft zur Rückgrat- und Meinunglosigkeit, zur Aneignung, mit ihrer Vernichtung des Standesbewußtseins und der Selbstachtung in derselben sind es, die die „gelbe“ Gefahr so bedrohlich erscheinen lassen. Wie die einzelnen Spielarten der „gelben“ Gewerkschaften sich nun auch nennen mögen, ob Berufsvereine, Spar- und Prämienvereine, Vaterländische, reichsarme Arbeitervereine, Industrieverbände, usw., in Wesen sind sie alle gleich und nach dem Verlaufe des nachfolgenden Artikelstücken am klarsten und am besten durch den Verlauf der deutschen Arbeiterbewegung nicht nur über die Höhe und Ausdehnung, sondern geradezu eine soziale und kulturelle Gefahr.

Nach dieser Richtung hin ist nur von großem Interesse die Entwicklung der „gelben“ Parteien und Gewerkschaften, welche der Gesamtverband derselben in einer letzten herausgegebenen Zeitschrift: „Die Gelben. Mit besonderer Berücksichtigung der Gelben in Preußen“ sein Ziel hat. Diese Zeitschrift, die 73 S. für unsere Mitglieder 20 Hg. beträgt. Die Gründung der „Gelben“, so heißt es hier in dem Kapitel: Was die deutsche Arbeiterbewegung angeht, Arbeiter-

Aus dem Angeführten ergibt sich, daß der Arbeiter, trotz des vergangenen guten Geschäftsganges, seine Lebenslage nicht so hat steigern können, wie es vielfach angenommen wird. Daß er ferner nicht in der Lage gewesen ist, zu sparen für die Zeiten, in denen er sein Einkommen wesentlich gemindert sieht, durch Lohnkürzungen, Arbeitslosigkeit und Arbeitsverdrängung. Des weiteren ergibt sich, daß die vielen Anklagen, die man heute noch gegen die Organisationen insbesondere gegen die Führer erhebt, durchaus unberechtigt, und entweder auf Unkenntnis der Verhältnisse, oder auch auf Angst vor der Organisation zurückzuführen sind.

Man soll sich doch endlich einmal mit dem Gedanken vertraut machen, daß man es dem Arbeiter durchaus nicht verargen kann, wenn er durch die Organisation seinen Lohn so gestatten will, daß er wenigstens standesgemäß leben kann. Man kann ihm dieses doch ebensowenig verübeln, wie die Erkenntnis, daß in manchem Riesengewinne noch ein gut Stück rechtlicher Weise ihm zustehenden Lohnes enthalten ist, worauf er einen berechtigten Anspruch erheben kann.

Könnte es denn z. B. als staatsgefährlich angesehen werden, wenn die Procente so mancher Aktionäre infolge der gewerkschaftlichen Erfolge etwas gemindert würden? Wir glauben nicht, sind vielmehr der Ansicht, daß es eine gerechte Forderung ist, an den Riesengewinnen, die der Arbeiter mit herausgeschuftet hat, seinen Anteil zu erhalten.

Wie muß es doch gerade jetzt die Arbeiterchaft so eigentümlich berühren, wenn die durch die Presse veröffentlichten hohen Dividendensätze der Herren Aktionäre in einer Zeit zur Verteilung gelangen, wo die Arbeiter mit ihrer Familie schon ganz beschränkt leben müssen, und die Zukunft ihnen noch schlimmeres zu bringen droht.

Daß solche Zustände nicht haltbar sind und beseitigt werden müssen, leuchtet wohl jedem Gewerkschaftler ein, aber nur das „wie verbessern“ scheint man so richtig nicht verstehen zu wollen. Wir wissen, daß heute noch ein ganzes Heer der Organisation fernsteht. Diese für uns zu gewinnen, muß unsere Hauptaufgabe der nächsten Zukunft sein und bleiben. Unser Ziel werden wir am schnellsten erreichen, wenn wir auf der ganzen Linie praktisch in die Kleinarbeit einsteigen. Mit welchem Erfolge man auf diesem Gebiete arbeiten kann, wird wohl jedem aufmerksamen Leser unseres Organs, der die Kleinarbeit und den Erfolg der Ortsgruppe Würzelen beobachtet hat, in Erinnerung sein. So einen Erfolg nach reger Arbeit wünschen wir von Herren allen unserer Ortsgruppen. Wir würden dann auch bald in die Zeit versetzt, von der wir sagen können, „ohne einen anderen Stand zu ruinieren“, haben wir es so weit gebracht und unsern Lohn so weit gesteigert, als er erforderlich ist, um standesgemäß zu leben; nicht nur in Zeiten guter, sondern auch in Zeiten niedergehender Geschäftslage.

Anmerkung der Redaktion. Die im vorstehenden Artikel angegebenen Zahlen werden nicht für alle Orte zutreffen, der Verfasser geht von seinen örtlichen Verhältnissen aus, wie er auch betont hat. Die Arbeit ist deshalb aber nicht minder interessant und lehrreich und es verdient alle Anerkennung, daß sich unsere Kollegen auch an solche Fragen heranzumachen und sie bearbeiten. Vorstehender Artikel darf dem Verfasser um so mehr Anerkennung bereiten, da es seine erste Mitarbeit am Verbandsorgan ist. Mögen sich recht viele andere Kollegen dadurch zur Nachahmung angepornt fühlen und nicht nur dann für das Verbandsorgan schreiben, wenn sie mit den Gegnern polemisieren wollen oder müssen, sondern auch sachliche und praktische Fragen behandeln.

Gewerkschaftliches.

Eine Auflage von 100 000

hat die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ mit ihrem Eintritt in das neue Jahr erreicht. Die Nr. 1 ihres 10. Jahrganges erscheint im Festgewand, in eine Jubelnummer. Der Jubel ist berechtigt, der Erfolg ein großartiger, für unsere gesamte christliche Arbeiterbewegung bedeutungsvoll. Freut nur die katholischen Arbeitervereine Westpreußens, freut sich dieses großartigen Erfolgs und Fortschritts ihres Verbandsorgans, sondern mit ihnen alle Freunde der mächtvollen, vortänzelnden christlichen Arbeiterchaft und nicht in letzter Linie unsere christlichen Gewerkschaften. Die „Westdeutsche“ war seit ihrem Gründungsstag die richtige und planmäßige Förderin unserer Gewerkschaften. Sie war Bahnbrecherin, Pionierin für unsere junge Bewegung. Die christlichen Gewerkschaftler wissen, was sie ihrer Freundin zu verdanken haben. Die jährliche Auflage, die Erreichung der 100 000. Auflage hat die „Westdeutsche“ auch zum Teil ihren dankbaren Freunden in den christlichen Gewerkschaften zu verdanken. Dieses harmonische Verhältnis wird auch zum weiteren Fortschritt, auf dem Wege zum zweiten 100 000. beitragen.

In einem Artikel der Jubelnummer: „Die Arbeiter“ und die „christlichen Gewerkschaften“ heißt es einleitend: „Unter den Motiven, welche zur Gründung unserer Verbandsorgans führten, war eines der wichtigsten, den jungen christlichen Gewerkschaften kräftig unter die Arme zu greifen und zur fruchtbarsten Entwicklung zu bringen. Wer heute die nationale Organisation der christlichen Gewerkschaften mit 250 000 Mitgliedern ihrer über 1000 örtlichen Ver-

banden, ihren gut ausgebauten Verbandsorganen, der heldenmütigen Opferwilligkeit der Mitglieder vor sich sieht, kann sich kaum noch in den Gedanken verleben, daß vor noch nicht ganz zehn Jahren das alles noch nicht vorhanden war.“

Dann wird das geschichtliche Zusammenarbeiten und die Aufwärtsentwicklung geschildert und zum Schluß gesagt: „Heute, wo die „Westd. Arbeiterzeitung“ mit dem Beginn des neuen Jahres den ungeahnten Erfolg der hunderttausend Abonnenten mit berechtigtem Stolz feiert, freuen sich mit uns die christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Sie wissen, welchen Waffengefahrten sie an uns hatten und dauern haben werden. Wenn die Anfangsaufgaben auf diesem Gebiete für unter Mann zum großen Teil erledigt sind infolge des Aufstehens und Erstarkens der christlichen Gewerkschaften und ihrer Presse, so sind andere, fortgeschrittenere an die Stelle getreten. Der Mensch wächst mit seinen höhern Zielen. So geht's auch der „Westd. Arbeiterzeitung“ und daß sie diese fortgeschrittenen Aufgaben heute mit dem nämlichen Geschick und gleicher Energie zu erfüllen bestrebt ist, wie die Erstlingsfleinarbeit vor 9 Jahren, davon legt ihr Inhalt Zeugnis ab. Nicht vergessen aber soll werden, daß der Erfolg unseres Blattes auf die warme Unterstützung der katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht zuletzt zurückzuführen werden muß. Unsern herzlichsten Dank dafür. Auf den Schultern der nach Selbständigkeit ringenden christlichen Arbeiterchaft ist die „Westd. Arbeiterzeitung“ groß geworden, von diesen starken, festen Schultern wird sie weiter getragen werden zu neuen Erfolgen, zu Ruhm und Frommen der Arbeiterchaft selbst.“

Vom „Schutz“ der nationalen Arbeit.

Die unorganisierten ausländischen Arbeiter erfreuen sich bei den deutschen Arbeitgebern, desgleichen bei manchen Behörden, großer Beliebtheit. Zu dieser Auffassung muß man kommen angesichts der Ereignisse in: sie sich unlängst in Rheinland von kroatischen Arbeitern abspielten und wobei vier Kroaten wegen dreifachen Mordes zum Tode verurteilt wurden. Selbst der Staatsanwalt bezeichnet diese „Harambas“ (Kroaten) als eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit, die nicht ernst genug genommen werden könnte. Und trotzdem hören wir nichts von der Abschüttelung herartiger Elemente von den deutschen Länden; sie, die eine große Gefahr bedeuten, können ruhig weiter ganze Gegenden mit Angst und Bangigkeit erfüllen. Im Gegensatz hierzu stehen die Ausweisungen von ausländischen Arbeitern speziell im Rheinland-Westfalen. Die alten Fälle wollen wir nicht neu aufzählen, sie sind noch in frischer Erinnerung und würden die Entrostung nur vermehren. Jetzt kommt aus Kevelaer die Mitteilung, daß der Regierungspräsident zu Düsseldorf die Ausweisung des dortigen Sozialvorsitzenden des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauarbeiter, eines 30 Jährigen, verfügte. Der Kollege war elf Jahre in Kevelaer anständig, beherrschte und Vater von vier Kindern. Was derselbe angestiftet haben mag, mögen die Behörden wissen. Fest steht nur, daß er Mitglied einer christlichen Gewerkschaft war und sich als Vorsitzender einer Ortsgruppe betätigte. Dabei ertrugen sich die unorganisierten Beschäftigten der oel. kommunalen Industrie kommunaler überflüssig.

Der rote Terror in Bielefeld vor Gericht.

Wo sind die Fälle von schrecklichem Terrorismus? Namen herans!“ So fragten herausfordernd die Bielefelder Obergewerkschaften in ihren Flugblättern! Nachstehend die gerichtlich festgestellte Antwort:

Am 27. Nov. vor. J. wurde der Schlosser Ernst Halen wegen Verlesung zu 10 Mk. wegen vorläufiger Körperverletzung zu 20 Mk. Geldstrafe und den Kosten verurteilt. Die Ursache war die Mißhandlung unseres Volk. Groß.

Ebenso wurde am 21. Dezember der Dreher Theodor Arnold wegen Mißhandlung eines christl. Verbandsmitgliedes mit 3 Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten bestraft. Ferner wurde dem mißhandelten Kollegen Wehmeier, als Nebenklager, die Befugnis zugesprochen, die Publikation des Urteils auf Kosten des Beklagten 14 Tage lang an der Gerichtstafel zum Auslag zu bringen. In der Urteilsbegründung hieß es, daß den Angaben des Wehmeier Glauben geschenkt ist und daß die Strafe deswegen so hoch bemessen sei, um endlich den Reibereien zwischen den sogenannten „Roten“ und den sogenannten „Blauen“ ein Ende zu bereiten. Somit wurde auch hier, wie beim vorstehenden Fall, die Verbindung der Tat mit der terroristischen Betätigung der Sozialisten konstatiert.

Heute sind wir in der Lage, wiederum die Verurteilung zweier Genossen zu berichten. Am 4. Januar wurden wegen Körperverletzung der Dreher Hermann Maier zu 2 Wochen Gefängnis und der Dreher Grünegras zu 35 Mk. Geldstrafe erst. 8 Tage Gefängnis und den Gerichtsosten verurteilt. Die Strafe des letzteren fiel darum so milde aus, weil er bisher völlig straffrei war. Derselben hatten den Dreher Haug, Mitglied des christl. Metallarbeiterverbandes, am 5. Sept. vor. J. beim Verlassen der Fabrik verfolgt und mißhandelt.

Es ist dies der erste Terrorismusfall, zur Jagd der Ausgangspunkt, der zu unserer bisherigen Stellungnahme zu den „Roten“ in Bielefeld Veranlassung gab.

Sämtliche Fälle haben sich bei der Firma Görde abgepielt oder sind, wie bei H. Wehmeier, damit in Verbindung zu bringen. Dieser geht auf zu werden verdient, daß sich die rote Presse wohl veranlaßt und berufen gefühlt hat, den Terrorismus anzuleugnen, heute sich aber völlig ausreißt und diese bewiesenen Fälle ihren Lesern vorantreibt.

Kollegen! Eure Mühe ist es für Aufklärung zu sorgen! Hier ist schon durch vier gerichtliche Verurteilungen der rote

late Terrorismus der Sozialisten in Bielefeld gebrandmarkt. Sie müssen erkennen und einsehen, daß es auch in Bielefeld mehr Akten wie rasende Hunde gibt. Allerdings sind die Verurteilten nicht die Hauptschuldigen, für und nur die Verbrechen, die Aufgezeichneten. Die wahr Schuldigen stehen an der Spitze, die auch die volle materielle Verantwortung für diese Gewalttätigkeiten zu tragen haben.

Die schändliche Niederlage, die sich die roten Gewalthaber mit diesem Verfolgung gewollt haben, ist die wohl verbiente Strafe für ihr organisationsvergiftendes und arbeiterschädigendes Treiben.

Die Demaskierung für die sozialdem. Gewalttätigkeit mehrten sich; nunmehr liegt schon die vierte gerichtliche Verurteilung vor. Der Genosse Kupka, Mitglied des soziald. Metallarbeiterverbandes, wurde am 8. Januar vom Schöffengericht Bielefeld zu 6 Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten verurteilt. Der Amtsanwalt hatte 2 Monate Gefängnis beantragt. Trotz allen Zeugens (er selbst ein gelehriger Schüler seiner Obergewerkschaft zu sein. D. V.) wurde er überführt, unteren Kollegen Witwosty auf der Strafe angerempelt und mit einem Beschlusse mißhandelt zu haben. Auch hier wurde konstatiert, daß die Tat mit der Angehörigkeit Witwostys zum christlichen Metallarbeiterverband in Verbindung zu bringen ist. Es ist wieder Terrorismus!

Somit haben nun bereits vier Terrorismusfälle ihre gerichtliche Festätigung und Sühne gefunden. Wir haben gewiß kein Vergnügen daran, daß die Arbeiter, mit denen wir wieder an der Arbeitsstelle zusammen arbeiten müssen, zu solch exemplarischen Strafen verurteilt werden. Wenn die so viel „gepriesene Erziehungsmethode“ der Sozialdemokratie es nicht fertig bringt, ihre Anhänger zu geistlichen Menschen zu erziehen, wenn sich die sozialdemokratischen Anhänger aber von ihren Führern verheken und zu Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende hinreizen lassen, dann müssen sie auch die Folgen ihrer Handlungsweise tragen und die verdienten Strafen auf sich nehmen.

Noch ist die Reihe der gerichtlichen Bestrafungen roter Terroristen nicht beendet; weitere Aufträge. auch die wegen Ueberfall und Mißhandlung unseres Vorstehenden Wehmeier, schweben noch und harren ihrer Erledigung. Können wir, daß die vollständige Niederlage bei diesem brutalen Verfolgung und die vielen gerichtlichen Bestrafungen wegen der Gewalttätigkeiten den Gewerkschaften für die Zukunft eine eindringliche Warnungstafel sein werden. Wenn sich die sozialdemokratischen Anführer als halbwegs anständige Gegner der Bewegung nennend und geistliche Bestrafungen überflüssig sein.

Damit war's auch nichts.

In einem von uns gegen die rote Gewalttätigkeit in Bielefeld herausgegebenen Abwehrflugblatt war gesagt, die Alleinherrschaft der Sozialdemokraten in manchen Werken sei noch dadurch begünstigt worden, daß einige Untermmeister mit den „Genossen“ geliebäugelt hätten. Dagegen hatten die Untermmeister der Firma Görde eine öffentliche Erklärung in Bielefelder Generalanzeiger erlassen, worin diese Angabe als unwahr bezeichnet und dagegen protestiert wurde.

Die sozialdemokratische Presse griff diese Erklärung heißungrig auf, um die verhassten Christlichen als Vagabunden zu bezeichnen. Die rote Bielefelder Volkswacht schrieb:

„Sie (die Erklärung der Untermmeister) ist für uns deswegen wichtig, weil in ihr von einer Stelle aus, welche mit der Organisation der Arbeiter durchaus keine Interessengemeinschaft besitzt, nachgewiesen wird, wie von seiten der Christen mit der Wahrheit umgesprungen wird.“

Die sozialdemokratische Presse ist mit ihrem Urteil wieder etwas eilig gewesen. Im Bielefelder Generalanzeiger Nr. 8 ist folgendes zu lesen:

Erklärung.

Unterzeichnet haben in Nr. 3 des „Bielefelder Generalanzeiger“ eine Erklärung abgegeben, die sich mit dem Inhalt des Flugblattes des „Christl. soziald. Metallarbeiterverbandes“ befaßt. Wir waren der Ansicht, daß in dem angezogenen Satz des Flugblattes eine Verleumdung gegen uns enthalten sei. Nach einer erfolgten gegenseitigen Aufklärung mit den Verbandsvertretern und wir zu der Ueberzeugung gelangt, daß die in unserer Erklärung erhobene Beschuldigung zu Unrecht erfolgt ist und daß wir durch Beeinflussung Dritter eine falsche Auffassung des Flugblattes gewonnen haben. Wir nehmen somit die in der „Erklärung“ gebrauchte Beschuldigung zurück und ersuchen die Presse, die auf die Erklärung Bezug genommen haben, dieses ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen, und ferner, daß die Erklärung in Nr. 3 des „G. A.“ nicht von allen Werkmeistern ausging, sondern nur von einigen Untermmeistern.

Die Untermmeister der Bielefelder Maschinen- und Fahrradwerke August Görde.

Es wird sich nun zeigen müssen, ob die sozialdemokratische Presse ehrlich genug sein wird, auch diese Erklärung so eifrig abzubringen. Tut sie dieses nicht, was bei ihrer bisherigen Pöflosigkeit wohl kaum zu erwarten ist, so ist das ein erneuter Beweis von der Unehrlichkeit der sozialdemokratischen Kampfmethode.

Die „Privatsache“ der Sozialdemokraten.

„Wir verlangen Erklärung der Religion zur Privatfache.“ Essen, Parteitag, Protokoll, Seite 212. Es sprach der Vertreter der hiesigen Sozialdemokraten, Honrat, auf dem Parteitag in Essen 1907. Also in Sachen wenigstens darf man annehmen, daß die Sozialdemokratie Frieden mit der Kirche. Daß es in

ist, beweist das von der verbündeten roten Partei und den freien Gewerkschaften am 2. Weihnachtstage auf dem Frankfurter Werkler a. gehaltenen Winterfest der Nachener Genossen.

Das religiös „neutrale“ Programm weist folgende vielversprechende Punkte auf. Punkt 2 Duett: „Bete und arbeite“, Punkt 4 „Water Noah“, Punkt 5 „Die verliebten Jesuiten“, Punkt 6 „Der Beichtzettel“. Daß „Religion in Aachen Privatfache ist“ beweisen ferner die auf dem Fest zu Gehör gebrachten Lieder. Wir führen einige Stellen an: Lied 1, Strophe 3:

„Stille Nacht! Heilige Nacht!
Hofersknecht hält die Wacht,
In dem Kerker, gefesselt, verachtet,
Leidend, schmachtet für Wahrheit und Recht
Mutiger Kämpfer Schaar.“

Vom Lied 2: „Freund ich bin zufrieden“ heißt Strophe 2:

Falt ich meine Hände,
Schau in die Höh,
Und dann sink ich nieder,
Selig in die Höh.

Die Nachener Genossen scheinen von diesen Tierchen im Ueberfluß zu haben.

Strophe 3:

„Und als frommer Wander
Zug ich mich darein,
Denn für Weib und Kinder
Sorgt der Vinzensverein!“

Den Gipfel der Gemeinheit aber übersteigt das Lied 3, das Vorgänge im alten Testament nach Art ordinärer Jotenreize in nicht wiederzugebender Weise darstellt und fürs „nächste Mal“ ähnliche Dinge über das neue Testament bringen will. Für die Behandlung des neuen Testaments können sie ja Corbins Pfaffen- spiegel oder Rosenows Schmiererei verwenden. Diese Feyer ist wirklich eine heftige Illustration zu Hon- raths Rede in Essen. So also sieht die religiöse Neu- tralität der Sozialdemokraten in Wi. Nichteit aus. Da bleibt doch ewig das Wort Bebel's wahr: „Christen- tum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.“ Ein gläubiger Christ kann niemals Sozialdemokrat sein. Ein christlicher Arbeiter aber verrät seine höchsten Ideale, wolle er sich einer sozial- demokratischen Gewerkschaft anschließen.

Religiöse Neutralität in den „freien“ Gewerkschaften.

Der „Tabak-Arbeiter“, Organ des gleichnamigen sozialdemokratischen Verbandes, schreibt in einem Weihnachtsartikel:

„Dann muß unser Kampf gegen die Priester, die uns ihre Schattengerister als wirkliche Existenzen vorführen wollen, beginnen.“ „Dann brennen wir uns wohl auch noch einen Weihnachtsbaum an und freuen uns mit unseren Kindern über die brennenden Lichter und die am Baume hängenden Herrlichkeiten, aber fern von uns bleibt wenigstens die Vorstellung von dem Kindelein im Stalle zu Beth- lehem, das der Welt die Erlösung von allem Uebel bringen sollte.“

Die „Gewerkschaft“, Organ des sozialdemo- kratischen Gemeindegewerksverbandes, bringt in Nr. 51 gleich zwei Weihnachtsartikel, einen in Prosa und ein Gedicht. „Weihnachtsgedanken“ überschreibt sich der Artikel, in dem es heißt:

„Die Kirche predigt liebevollsternig Unterwürdigkeit und Demut vor den Gewaltigen dieser Erde. Aber wie Spreu vor dem Winde, wie Schnee schmilzt vor der Mittagssonne, also schwinden diese Irrlehren vor der menschlichen Er- kennnis. Das tägliche Leben lehrt uns die Wahrheit und Notwendigkeit des Sozialismus... das bedeutet für uns die Erlösung der Menschheit.“

In dem Gedicht „Weihnachtswiegenlied“ erzählt eine Mutter ihrem kranken Kinde die Weihnachtsges- chichte und sagt u. a.:

„Er wollt uns erlösen, doch Haß und Verdacht, Sie haben ihn schimpflich ans Kreuz gebracht. Und umsonst der Schatten vom Kreuzesbild, die Erde mit Kampf seit Jahrhunderten füllt.“

Der „Bauhilfsarbeiter“ (Nr. 51) läßt sich also vernehmen:

„Am 25. Dezember feiert die gläubige Christenheit das Fest der Geburt Christi, daran die Hoffnung knüpfend, daß Vergebung, Friede und Freude überall ihren Einzug hal- ten und alle Menschen wahrhaft beglücken. Eitle Hoffnung! Die Veröhnung der die menschliche Gesellschaft zerreißenden und zersplitternden Gegensätze ruht einzig und allein in der Wegräumung der widerstrebenden Interessen, die nur und ausschließlich Ausfluß der Form des Besitzes sind.“

Auch der „Strundstein“, Organ des sozialdemo- kratischen Maurerverbandes, bringt eine Betrachtung: „Zum Weihnachtstage“. Es philosophiert über die kirch- lichen Feste folgendes:

„Groß ist zwar heute noch die Zahl der Anhänger einesarren, religiösen Dogmenglaubens — ungleich größer aber und immer stärker answellend ist die Masse derer, vor deren nüchternem Verstande die Gebilde des frommen Wahns zerfallen, die ein anderes, schöneres Ideal befeelt: der Draug nach Wahrheit.“

Wir sehen hieraus wiederum einmal, mit welcher Frechheit die „freie“ Gewerkschaftspresse die heiligsten Befähle aller christlich Gesinnten zu verhöhnen magt. Es ist dieses ein weiteres Dokument dafür, daß wir fortgesetzt mit allen Mitteln für die weitere Erstärkung unserer christlichen Dramatiker arbeiten müssen.

Gewaltiger Terrorismus.

Eine strenge, aber gerechte Strafe wurde den im „freien“ Malerverband organisierten Gehilfen Schmidt, Baumgärtner, Kothler, Schmitz und Prof., sämtlich auf der Bremer Werk beschäftigt, zuteil. Dieselben waren angeklagt, den 22 Jahre alten Malergehilfen Johann Müller, der eben- falls auf der Bremer Werk beschäftigt ist, weil er sich nicht in den „freien“ Malerverband aufnehmen lassen wollte, derart mißhandelt zu haben, daß seine Aufnahme in das Krankenhaus erfolgen mußte. In der kürzlich statt- gefundenen Verhandlung vor dem Schöffengericht erklärte der Amtsrichter, daß die Angeklagten sämtlich im sozial- demokratischen („freien“) Malerverband organisiert seien, und weil Müller diesem Verbands nicht angehöre, sei er ge- prügelt worden. Der Junge Malermeister Jambosen schil- dert Müller als einen fleißigen, ruhigen Menschen, von dem Angeklagten könne er sich nicht behaupten. Der Anwaltschaft beantragte für sämtliche Angeklagte sechs Monate Gefängnis. Nach zehntägiger Beratung des Gerichts verurteilte der Amtsrichter das Urteil. Die Angeklagten Schmidt, Baumgärtner, Kothler, Schmitz und Prof. wer- den der gemeinschaftlichen Körperverletzung schuldig be- funden und sämtlich zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

Auf dem Neubau eines staatlichen Lehrerseminars in Heidelberg-Neuenheim drohten am 6. August 1907 etwa 50 sozialdemokratische Maurer mit sofortiger Arbeitsnieder- legung, wenn drei christlich organisierte Kollegen, die sich weigerten, zum roten Verband überzutreten, nicht entlassen würden. Der Unternehmer ließ sich dann auch zwingen, die Christlichen, alles ältere Leute, die schon vorher länger arbeitslos waren, wieder auf die Straße zu setzen. Am 21. Dezember 1907 hatten sich die roten Häubelführer wegen dieser Betätigung der „Freiheit“ vor Gericht zu verant- worten. Der Staatsanwalt bezeichnete die Handlungsweise der Sozialdemokraten als „einen Akt des allerbrun- tlichsten Terrorismus“, der von dem Grundsatz aus- geht: Macht geht vor Recht. Der rote Häubelführer Knob- loch wurde zu zwei Monaten und der zweite Haupt- terrorist Benzinger zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Im Anschluß an diese Mitteilung schreibt die „Sach- gewerkschaft Nr. 17“, Organ des Bauarbeiterverbandes:

Dem moralischen Standpunkt fällt noch ins Gewicht, daß der Tarif in Heidelberg als Tarifkontrahent den freien und den christlich-nationalen Maurerverband kennt, man sieht also daß papaverne Bestimmungen gegen roten Bru- talismus der Sozialdemokraten nicht schützen. Das einzige Mittel ist: Stärkung der christlich-nationalen Organi- sationen. Da dürfte es im Zusammenhange dieses Artikels erwähnenswert sein, daß in der Heidelberger Gegend die christlich-nationalen Gewerkschaften erfreuliche Fortschritte machen, eine nicht kleine Zahl Arbeiter hat sich sogar aus den freien in die christlich-nationalen Verbände übergeschri- ben lassen. Diese letztere Tatsache hat wieder den Sekretär des freien Verbandes so in Harnisch gebracht, daß er sich zu roher Tätlichkeit (Tritt gegen den Unterleib) gegenüber solch einem Hebergetretenen hat hinreißen lassen. Dieser Vorfall beschäftigt zurzeit die Staatsanwaltschaft.

Trotz alledem bringen es die roten Führer und Blätter noch immer fertig, jeden Terrorismus abzuleugnen, noch immer erzwacht ihr Ehrgefühl nicht, um dieser Brutalität energisch Einhalt zu tun. So lange sie das aber nicht tun, bleiben die Führer die Hauptschuldigen, welche die Ver- antwortung zu tragen haben.

Gegen die neue Tabaksteuer

hat der christliche Tabakarbeiterverband eine energische Agitation entfaltet. Den Arbeitern der Tabak- und Zigarrenindustrie droht aus Anlaß der in Aussicht stehenden neuen Besteuerung der Tabakfabrikate eine große Gefahr. Allgemein ist diese Arbeiterschaft der Ansicht, daß die Verwirklichung der neuen Tabak- steuerpläne sie am empfindlichsten treffen und schwer- schädigen würde. Schon einmal, und zwar vor zwei Jahren, war die gleiche Arbeiterschaft aus dem glei- chen Grunde gezwungen gewesen, ihre Interessen zu verteidigen und jedenfalls mit gutem Erfolg. Ist es doch gelungen, die Mehrheit der Volksvertreter im Reichstage von der gewaltigen Schädlichkeit der ge- planten Tabaksteuer zu überzeugen, sodaß die dies- bezügliche Vorlage fiel. Dem christlichen Tabakar- beiterverband gebührt hierbei ein großes Verdienst. Auch diesmal hat er bereits mit der Aufklärung über die in Aussicht stehende Vorlage begonnen, und in zahlreichen Versammlungen seine Berufsangehöri- gen zusammengerufen. Einmütig sprachen sich diese gegen jede weitere Besteuerung der Tabakfabrikate aus, da sie bei steter Ueberzeugung, daß unsere Ta- bakindustrie eine Mehrbelastung nach dieser Richtung hin nicht ertragen kann. Die Folgen würden sein Ver- nichtung tausender Existenzen sowohl Arbeiter, kleiner Arbeitgeber und Geschäftsleute. Für erstere käme noch in Frage, daß die Folge der dadurch eintretenden Ar- beitslosigkeit einen großen Lohndruck auf die noch Beschäftigten sein würde. Dies wäre um so mehr zu bedauern, als die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen laut Berichten der Berufsgenossenschaften zu den schlechtestentlohten Arbeitern Deutschlands gehören.

Der christliche Schneiderverband

gibt in der letzten Nummer seines Verbandsorgans bekannt, daß er mit dem Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe eine Vereinbarung getroffen, wonach in Zukunft die Kündigung der bestehenden Tarifverträge drei Monate vor Ablauf zu erfolgen habe und mit derselben auch gleichzeitig der neue Tarif mit einzureichen ist. Bei eingetragenen Wän- derungen und Tarifen sollen 14 Tage nach der Kün- digung die Verhandlungen der örtlichen Instanzen beginnen, alle Tarifverträge gewerbegerichtlich fest- gesetzt und somit für das ganze Gewerbe bindende

Kraft erlangen. Sämtliche abzuschließenden Verträge werden in letzter Linie zwischen den Hauptvorständen der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisation abge- schlossen. Bemerkenswert ist noch, daß bei allen Ver- handlungen in der Lohnfrage, auch die Minderhei- ten der Organisationsrichtungen der Arbeiter heran- gezogen werden sollen. Somit steuern wir auch in dieser Branche dem Ziele eines einheitlichen, auf das ganze Reich sich erstreckenden Tarifvertrags entgegen.

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter

zählt nach seiner Abrechnung vom 3. Quartal 40021 Mitglieder, davon 12216 weibliche. Gegen den Ab- schluß des Vorjahres mit 36984 Mitglieder ist dies ein Mehr von 3037. Bemerkenswert ist, daß diese Zu- nahme zum größten Teile auf das erste Quartal entfällt, während in den beiden nachfolgenden Quar- talen eine Stabilität sich bemerkbar machte, eine Er- scheinung, die auch bei anderen Verbänden sich zeigte. An Einnahmen hat genannter Verband einschl. des Hauptkassenbestandes von 262 994 Mark: 408 310,89 Mark, an Ausgaben 83 438,00 Mk., an Kassenbestand 324 872,87 Mk. Eine im ganzen Verbandsgebiet vor- zunehmende Hausagitation soll dem Verbands eine weitere Anzahl neuer Mitglieder bringen. Diese Art der Agitation muß auch in unserm Verbands noch mehr wie bisher gepflogen werden.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktions- schluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung ein- zureichen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zu- zug fort.

Bocholt. Ueber die Gerbjabrik Firma J. B. Stillinghoff ist die Sperre verhängt.

Cöln. Die Firma Atermöde, Luxuswarenfabrik hat sämtliche Schmeide und Stellmacher auseinander, weil sie einer Verlängerung der Arbeitszeit (von 9 1/2 auf 10 Stunden) nicht zustimmen wollten.

Dinklage. Wegen Währelung von Kollegen sind bei der Firma Holtzhaus (Fabrik für landwir- tschaftliche Maschinen) Differenzen ausgebrochen.

Düren. In Röseldorf sind bei der Firma Zimmer mann in der Formerei Lohnhöhen ausgebrochen.

Solingen. Die Arbeiter der Firma Hammesfahr stehen im Streik.

Saarbrück. Bei der Gasuhrfabrik Krom- jebroder stehen die Arbeiter im Streik.

Vöden. Ueber die Firma Gottfr. Quittmann ist die Sperre verhängt.

Neustadt. (Hardt.) Die Kollegen der Firma Münch und Wichow, Metallschmiederei stehen in einer Lohnbewegung.

Singen. Ueber die Fittingswerke ist die Sperre verhängt.

Stuttgart. Die hiesigen Klackner und Zinnla- teure stehen in einer Tarifbewegung.

Zuzug ist fernzuhalten.

Ahlen i. W. Wie den Kollegen bekannt, schwebt zwischen den Westfälischen Stanz- und Emailierwerken in Ahlen und uns ein Prozeß, um die zwischen uns und der genannten Firma bestehenden Differenzen zu klären. Wir eruchen unsere Mitglieder, sich vor etwaiger Annahme von Arbeit in Ahlen bei unserm dortigen Verbandsvertreter zu melden.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 19. Januar der vierte Wochen- Beitrag für die Zeit vom 19. bis 26. Januar 1908 fällig.

Zur Beachtung betreffs Erwerbslosen- Unterstützung.

Bei den Meldungen Erwerbsloser kommt es des- öfters vor, daß die Art der Erwerbslosigkeit nicht angegeben wird und dann bei späterer Anweisung die Unterstützung nicht von dem Tage angewiesen wird, an welchem das Mitglied bezugsberechtigt wäre. Die Bezeichnung „krank“ oder „arbeitslos“ darf des- halb nie fehlen. Auch ist bei Kranken nach Möglich- keit die „Art“ der Erkrankung anzugeben. Des fer- neren wird nochmals darauf hingewiesen, daß nur die Mitglieder unterstützungsberechtigt sind, die wenig- stens 1 Jahr dem Verbands angehören, mindestens 52 Wochenbeiträge geleistet haben und nur solche, die mit ihren Beiträgen nicht im Rückstande sind und deshalb ist es besonders Pflicht jedes Vertrauens- mannes, Kassierers und Vorsitzenden, darüber zu wa-

Soziale Rechtprechung.

Aus der Kranken-Versicherung.

Hat ein Krankenkassenmitglied bei eigenmächtigen Verlassen des Krankenhauses Anspruch auf Gewährung von Krankengeld? Ueber diese Frage, die für Allgemeinheit von Interesse ist, hat kürzlich das Landgericht Trier eine Entscheidung gefällt. Ein in Trier als Handlungsgehilfe in Stellung gewesenes Fräulein, welches erkrankte, wurde von der Ortskrankenkasse Trier in das Krankenhaus verwiesen, begab sich jedoch bald darauf infolge Heimwehs zu seinen nicht in Trier wohnhaften Eltern, wozu der Krankenkassenvorstand sein Einverständnis verweigerte. Später erhob das Fräulein Anspruch auf Krankengeld für die nach dem Austritt aus dem Krankenhaus bestehende Fortdauer des Krankheitszustandes. Sowohl durch die Kasse selbst als durch den als Aufsichtsbehörde angerufenen Oberbürgermeister wurde der Anspruch auf Krankengeld zurückgewiesen. Das Mitglied klagte nun beim Amtsgericht Trier auf Krankengeld. Das Amtsgericht erkannte den Anspruch als begründet an und verurteilte die Kasse zur Zahlung des Krankengeldes für 26 Wochen. Die Kasse erhob Berufung gegen das Urteil, und das Landgericht bestätigte die Vorentscheidung. Zur Begründung war ausgeführt: Die Krankenkassen können Mitglieder, welche keine eigene Haushaltung haben bezw. nicht Mitglieder der Haushaltung ihrer Familie sind, gemäß § 7 Krankenversicherungsgesetz ohne Zustimmung derselben anstelle von Krankengeld in ein Krankenhaus verwiesen, und dadurch ist der Anspruch auf Krankengeld abgefallen. Die Krankenkasse ist jedoch von dem Zeitpunkte an, wo ein solches Mitglied von Eltern, wie es vorliegend geschah, in ihre Haushaltung aufgenommen wird, nicht mehr berechtigt, das Mitglied zur Annahme von Krankenhauspflege anzuhalten, sondern muß ihm die geschuldeten Krankengelder zu zahlen. — Diesem Urteil stehen ander, direkt entgegengesetzte, gegenüber.

Auslieferung der Invalidenkarte.

Ist der Arbeitgeber verpflichtet, bei dem Austritt eines Arbeiters diesem die Invalidenkarte auszuhandigen? Diese Frage gibt oft Veranlassung zu Streitigkeiten, namentlich, wenn das Arbeitsverhältnis widerrechtlich gekündigt wird. Nach § 139 S. 2. B.-G. ist allerdings der Arbeitgeber verpflichtet, die Karte an den Arbeiter auszuhandigen resp. nach Fertigstellung dem Arbeiter per Post, allerdings unfrankiert, zuzusenden. Diese Bestimmung gilt jedoch nur dann, wenn der Arbeitgeber selbst das Lieben der Marken besorgt. Wo aber die Erledigung der Invalidenversicherungsgeschäfte den Krankenkassen übertragen ist, fällt diese Verpflichtung für den Arbeitgeber fort. Der Arbeitgeber übernimmt hier nur die Vermittlung der Karte an die Krankenkasse, während letztere verpflichtet ist, die Karte an ihren Eigentümer auszuhandigen. Während diese Einrichtung nun für den Arbeitgeber sehr zweckmäßig ist, erleidet der Arbeiter hierdurch gewissen Schaden. Das geschieht namentlich dann, wenn er ohne vorherige Kenntnis am Abend entlassen wird und seine Karte nicht mehr abholen kann, oder wenn ihm die Herausgabe vor der Abmeldung, infolge Fehlens einer Legitimation, verweigert wird. Um letzterem vorzubeugen, kann der Arbeiter von seinem Arbeitgeber jedoch eine Bescheinigung verlangen, die er der Krankenkasse vorzeigt. Abreisenden Arbeitern sollten jedoch die Kassenverwaltungen ihre Karten als Drucksache frankiert an ihren neuen Wohnort senden, anstatt unfrankiert, wie dies noch in vielen Fällen geschieht.

Aus dem Unternehmerlager.

Der bayerische Industriellenverband

hat am 28. Dezember 1907 in München seine sechste Hauptversammlung abgehalten. Der Vorsitzende, Baurat Dr. von Kieppel, hat in seinem Geschäftsbericht nach einem Bericht der Arbeitgeber-Zeitung Nr. 52 (Jahrgang 1907) behauptet, die Arbeiterlöhne seien in Deutschland durchwegs gestiegen, die Kapitalrenten der Industrie dagegen erheblich zurückgegangen. Ob seine Zuhörer das geglaubt haben, wissen wir nicht, das eine aber wissen wir mit den bayerischen Industriellen, daß die „Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg“, an deren Spitze Herr Dr. von Kieppel steht, im letzten Geschäftsjahre 3 106 584 Mark Reingewinn gegenüber 2 413 786 Mark im Jahre vorher einfahren konnten und 1914 gegen 17 1/2 Prozent Dividende im Vorjahre verteilt haben. Wohllich sieht es auch in der übrigen Großindustrie aus und mithin ist das Gegenteil von dem wahr, was die Arbeitgeber-Zeitung aus der Rede von Kieppels berichtet.

Dem Geschäftsbericht des Syndikus des Verbandes, Herrn Dr. Kuhl, ist zu entnehmen, daß der Verband sich im abgelaufenen Jahr sehr günstig verhalten hat und heute mit den angeschlossenen Korporationen über 3000 Industriellen umfaßt, welche insgesamt über 160 000 Arbeiter beschäftigen. Die Organisation der bayerischen Kartellen und Syndikaten hat auch im abgelaufenen Jahr erhebliche

Der Gewerkschaftsleiter Schünemann aus Tübingen vertritt, erlaubte sich wiederum einer der Herren Steiger, ob ein Kollege von den Vergar... wegen dieser Versammlung keine Schrift verfaßt hätte. Nachdem er erfahren hatte, daß derselbe angefahren ist, war er bemüht, anderenfalls wäre dem Vermerk nachschickend, wie ungenügend Kollegen aus dem Bismarck. Wir glauben nicht, daß die Firma durch solche Manipulationen imstande sein wird, die weitere Entwicklung der christlichen Gewerkschaften anzuhalten. Wir können der Firma bloß empfehlen, mit „Menschchen von Tübingen“ zu flüchten.

„Meine Auh ist im, mein Herz ist schwer.“
oder wie es im „Trompeter von Säckingen“ heißt:
„Gehst dich Gott, es wär so schön gewesen,
„Gehst dich Gott, es wär nicht sollen sein.“

Drum nicht verzagt, möge die christliche Gewerkschaft am hiesigen Orte gedeihen und wachsen; dies sei unser Wunsch für 1908.

Offen. (Sektion Schmiede und Schlosser im Klein-gewerbe). Schon wieder ist ein Jahr zu Ende; nun müßte sich ein jeder Gewerkschafter fragen, was hat ich denn im verflohenen Jahre als Gewerkschafter geleistet? Habe ich meine pflichtmäßigen Versammlungen eifrig besucht? Habe ich geholfen, die Organisation vorwärts zu bringen? Oder habe ich geschlafen bei allen Vorgängen unserer ereignisreichen Zeit?

Gerade diese letzte Frage könnten sich viele Kollegen auch von unserer Sektion vorlegen, besonders diejenigen Kollegen, die da glauben, mit dem Bezahlen der Beiträge sei es gut, und alles andere käme schon von selbst. Kollegen, die Augen auf; von selbst kommt nichts! Wenn wir als organisierte Geseilsen etwas erreichen wollen, müssen wir im kommenden Jahre mindestens das Doppelte wie im Jahre 1907, besonders unter dem Vauschlossern, an Mitgliederzahl erreichen. Vorwärts ist's im verflohenen Jahre gegangen in unserer Sektion; das bewies auch unsere letzte General-versammlung, welche am 11. Januar im christl. Gewerkschaftsraum stattfand. Unsere bisheriger Vorsitzende Kollege Gröne erstattete den Jahresbericht, aus dem wir folgendes entnehmen: Bis zur Hälfte des verflohenen Jahres waren noch Schlosser, Schmiede und Klempner in der Sektion Kleingewerbe vereinigt. Nach dem Streik der Klempner im vorigen Jahre bildeten die Klempner eine eigene Klempner-Sektion. Es ist dieses sowohl im Interesse der Klempner sowie auch im Interesse der Schmiede und Bauschlosser zu begrüßen. Die Sektion Kleingewerbe zählte im Anfang des Jahres 1907 nur 50 Mitglieder. Die Schmiede- und Schlosser-Sektion im Kleingewerbe zählte am Schluß des Jahres 1907: 93 Mitglieder; abgereist sind im Berichtsjahre 65 Kollegen, jedoch ist unsere Mitgliederzahl im ganzen Jahre auf 138 Mitglieder belaus. Unter den 93 noch vorhandenen Kollegen befinden sich 70 Bau- und Kunstschlosser und 23 Fuß- und Wagen-schmiede.

Lohnbewegungen fanden unter den Klempnern statt, welche zur damaligen Zeit noch der Sektion Kleingewerbe angeschlossen waren. Wenn auch die Bewegung mit einem Vertrage zwischen der Zunftung und dem Gesellen-Ausschuße beendet hat, so wäre doch bedauernd mehr erreicht worden, wenn sich nicht so viele Vertreter an ihrem eigenen Stande gefunden hätten.

Versammlungen fanden im verflohenen Jahre 17 statt, sowie 2 Vorstand- und Vorstandsmänner-Sitzungen. In den Versammlungen wurden folgende Tagesordnungen behandelt: „Soziale Gesetzgebung: Warum christl. Organisationen? Die deutsche Arbeiterbewegung im Allgemeinen; Handwerk und christl. Gewerkschaften; Tarifbewegung, Streiks und Lohnbewegungen im Jahre 1906; Gewerkschaftsausführung: Die industrielle Entwicklung und die Lage der Lohnarbeiter; Sozialismus: Wie verbessern wir die Lage der Fuß- und Wagen-schmiede: An der gewerkschaftl. Bewegung in Tübingen.“ Der Versammlungstag war sehr reger, als uns angeht. Im Durchschnitt waren 25—30 Kollegen in den Versammlungen erschienen. Der nächste Versammlungsbesuch liegt ebenfalls an dem großen Umfange unserer Stadt, andererseits an der Interessiertheit unserer Kollegen. Wenn auch die Druckverteilung Offen in jedem Stadteil eine Sektion errichtet hat, so sollten doch die Kollegen von den Kleinfabrikanten auch die Versammlungen der Sektion Schmiede und Schlosser im Kleingewerbe besuchen.

Im letzten Vierteljahr haben sich besonders die Fuß- und Wagen-schmiede gezeigt. Vorziehen es die Kollegen, ihre zur Fahne zu gehen und neue Kollegen für die Organisation zu gewinnen, dann werden die Kollegen in Zukunft eine Besserung ihrer Lage erfahren.

Bei den Bauschlossern hat es sich auch in einigen Werkstätten gezeigt. Haben wir im verflohenen Jahre 100 Prozent zugenommen, so müssen wir im Jahre 1908 mindestens das Doppelte erzielen; dann erst ist die Bahn frei. Mit der Unterstützung, dahin zu wirken, schloß Kollege Gröne seinen Bericht.

Die darauf folgende Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: Als Vorsitzender wurde Kollege Witz. Gröne gewählt; zum 2. Vorsitzenden Kollege Benedikt Klein, zum Schrift-führer Kollege Hermann Maier. Als Beisitzer die Kollegen Jurtschütz und Leisner. Zum Kassier wurde Kollege Grotzschke gewählt, als dessen Stellvertreter Kollege Graubus. Die Beschlüsse wurden einstimmig angenommen. Die Kollegen Maier, Kottler, Grünmayer, Loggen und Wolfmar.

Da die Bau- und Klempner-Sektion eine Sachsituation auf Verbandstagen vorlegen, mußte von Seiten der zugewandten der Antrag gestellt, auch eine Schlichtungs-Kommission einzurichten. Der Antrag wurde von Seiten der Gewerkschaften einstimmig genehmigt. Ein weiterer Antrag, eine Schmiede-Sektion zu gründen, wurde aus praktischen Gründen, sowie aus kollegialem Zusammengehörigkeitsgefühl vorläufig abgelehnt.

Kollegen, unsere Versammlung hat gezeigt, daß bei einigen energischen Arbeiten für die Organisation und bei etwas Selbstkritikgefühl der organisierten Kollegen untereinander vieles geleistet werden kann. Am angenehmen Jahre müssen wir unsere Mitgliederzahl mindestens um das Doppelte erhöhen; und das können wir, wenn sämtliche Kollegen unserer Sektion eifrig die Versammlungen besuchen, das Verbands-Organ fleißig studieren und in der Sektion ihren Raum finden. Dann kann's sein! Die

Gute kommen, die auch ihren Obliegenheiten gegenüber dem Verbands gerecht werden. Bezüglich der Unterstützungs-berechtigung der aus anderen Verbänden übergetretenen Kollegen gelten die Bestimmungen im Statut. Nicht unterstützungsberechtigte Mitglieder sind im Falle ihrer Erwerbslosigkeit der Zentrale nicht zu melden.

Ferner ist bei den künftigen Messungen Erwerbsloser darauf zu achten, daß angegeben wird, wieviel Pfg. Beiträge das Mitglied geleistet hat. Alle erwerbslosen Kollegen nämlich, welche seit dem 1. Januar 1906 104 Wochenbeiträge zu je 50 Pfg. entrichtet haben, erhalten jetzt 7 Mark Unterstützung pro Woche. Alle den Verband betreffenden Zuschriften ohne Unterschied, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes, Tübingen, Seitenstraße 19, zu adressieren.

Die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 ist von allen Ortsgruppen, welche diese noch nicht eingekandt haben, sofort fertig zu stellen und an die Zentrale zu senden. 4—5 Wochen nach Quartals-schluß soll in jeder Ortsgruppe die Abrechnung erledigt sein.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder.

Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Geschäftsstelle vorhanden besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentral-vorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Aus dem Verbandsgebiet.

Siegburg. Die auf den 5. Januar einberufene Generalversammlung war gut besucht, trotzdem wir mit vielen ebenso wohnenden Kollegen zu rechnen haben, die sich trotzdem durch die starke Kälte von der Versammlung nicht abhalten ließen. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Vorstandes und Vortrag des Kollegen Schmitz-Klein, welcher aber nicht erscheinen konnte und an dessen Stelle der Kollege Siegel von der Ortsgruppe Rait den Vortrag vornahm. Der erste Punkt der Tagesordnung, Vorstandswahl, hatte folgendes Ergebnis: Es wurde anstelle des ausweisenden 1. Vorsitzenden der langjährige Kassierer Kollege Jungermann gewählt. Kollege Jungermann versprach, auch in Zukunft für eine bessere Ausgestaltung der Ortsgruppe Sorge tragen zu wollen. Die Kollegen sollten sich bei der Wahl beteiligen, um wenigstens nach einer Mitgliederzahl von 12, 2 und 3 Jahren nicht vor einem Vorstandswahl zurücktreten zu müssen. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Joh. Jos. Engels, als 1. Kassierer Kollege Zieschewski gewählt, dann wurde der jetzige zur beneideten Sachführer wieder- und als 2. Schrift-führer der Kollege Wenzel neu gewählt, ebenso die Revisoren und die Delegierten für das Statut. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung nahm Kollege Siegel das Wort zu seinem Vortrage über die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Dem Redner wurde für seine begeisterten Ausführungen lebhafter Beifall gesendet. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung mit dem Vorprechen, in Zukunft noch mehr wie bisher für die Ausbreitung unserer christlichen Metallarbeiter-Verbandes einzusetzen, mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaftsbewegung geschlossen.

Reichenstein. Nun ist das Jahr 1907, in welchem die christlichen Gewerkschaften am hiesigen Orte gegründet wurden, im Strome der Zeit dahingegangen. Wenn wir einen Rückblick in das vergangene Jahr werfen, so finden wir, daß es nicht so harmlos geflohen hat, als die christlichen Gewerkschaften am hiesigen Orte einzigermaßen seinen Fuß fassen konnten. Nachdem zunächst die Zahl der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes bei Gründung desselben 38 betrug, schied jedoch im Laufe des Jahres fast alle wieder aus, so daß im Monat Dezember v. J. der Verband nur 5 Mitglieder aufzuweisen hatte.

Ein Mitglied gab sich nun die erdenkliche Mühe, neue Mitglieder zu werben und gelang es ihm, die Zahl etwas zu erhöhen. Dies zog ihm nur die Verhaftung seines vorgelegten Steigers zu, der ihm nun ungenügend zu verhalten gab, er möge sehen, daß er aus dem Anstaltsgefängnis entkomme, sonst könne es ihm passieren, daß er rausgeschmissen würde. Auch wurde ihm von Seiten des bezüglichen Steigers der schmeichelhafte Name „Hilfsaufwiegler“ beigelegt und dies letztere wohl hauptsächlich deshalb, weil sich unter Kollege erlaubt hatte, in Mainzborn in einer öffentlichen Versammlung einen Vortrag über den Zweck der Organisation der Arbeiter zu halten. Natürlich hat auch der so tüchtige Steiger für diese Verbots eine Verhaftung von Seiten des Direktors erhalten.

Nun rät auch die Firma, jedenfalls durch Vereinbarung mit den Gastwirten, den christlichen Gewerkschaften die Säle zu entziehen, um es unmöglich zu machen, am hiesigen Orte Versammlungen abzuhalten; dies ist aussergeordentlich bis auf einen Fall, welcher noch wie vor seinen Saal zur Verfügung stellt. Daß die Firma der christlichen Gewerkschaft kein Hindernis zwischen die Hände werfen möchte, beweist wiederum folgender Vorfall:

Als am Sonntag, dem 14. Dezember v. J., abends 7 Uhr, eine Versammlung hier abgehalten wurde, in welcher

Vorschriften gemäß. . . Mit Bezug auf die Sozialpolitik trat der Redner der vielfach verbreiteten Ansicht entgegen, als ob die Industrie und ihre Vertretungen jeglichem sozialpolitischen Fortschritt feindlich gegenüberstünden, und wies nach, daß gerade die Industrie und ihre Vertretungen bei dem Ausbau der großen sozialpolitischen Einrichtungen die wichtigsten Mitarbeiter waren, und dies auch in Zukunft sein werden. So stehe die Industrie besonders der Rentenversicherung der Privatangestellten, der Witwen- und Waisenversicherung, sowie einer zweckmäßigen Reform der Krankenversicherung (unter Vereinfachung der Uebernahme der Hälfte der Beiträge an Stelle des bisherigen Drittels) sympathisch gegenüber; sie müsse sich jedoch mit aller Entschiedenheit gegen Maßnahmen wehren, die über das Maß des praktisch durchführbaren hinausgingen und ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt bedrohten.

Ueber den weiteren Bericht, der sich auf eine Reihe wirtschaftlicher Gegenstände erstreckt, geht die Arbeit 3. Hg. hinweg. Wie sich Herr Dr. Kuhlo zu den Arbeiterorganisationen und zum Koalitionsrecht der Arbeiter stellt, darüber ist nichts zu erfahren und das wäre doch das interessanteste gewesen, weil darin der Angelpunkt der Sozialreform liegt. Was von den Ausführungen Dr. Kuhlos hier verlautet, das hat am 28. Oktober auch Dr. Bued in Berlin gesagt. Tatsächlich liegen die Verhältnisse in Bayern aber schon so, daß die führenden Geister im dortigen Unternehmerlager eine Stufe auf der sozialen Leiter höher sind wie ihre norddeutschen Scharmacherkollegen. Das Prinzip der nord- und westdeutschen Herrn im Hause: „Wir verhandeln nicht“ haben die bayerischen Unternehmer schon wiederholt ignoriert und öfter mit Organisationsvertretern der Arbeiter unterhandelt.

Die bayerischen Industriellen sind nach den Erklärungen Dr. Kuhlos also auch für eine „zweckmäßige Reform der Krankenversicherung“. Zweckmäßig für die Unternehmer soll das heißen, wofür die Arbeiter sich aber bestens bedanken müssen. „Ueber das Maß des praktisch Durchführbaren“ darf die Sozialreform nicht hinausgehen, so sagen auch die bayerischen Unternehmer und werden sich hier wohl mit ihren norddeutschen Kollegen, aber nicht mit uns Arbeitern einig sein, wo das praktisch Mögliche seine Grenzen hat. — Unsere Kollegen in Bayern haben der Stellung der Unternehmer gegenüber eine Pflicht der Selbsterhaltung und Verteidigung, nämlich unermüdeten Ausbau der Organisation, unseres christlichen Metallarbeiterverbandes.

Soziales.

Zur Bekämpfung der Lungentuberkulose.

Die planmäßige Bekämpfung der Lungentuberkulose würde wirksamer gefördert werden, wenn mehr als bisher bedürftigen, nichtversicherungspflichtigen Kranken Unterstützungen zugewendet werden könnten, die nicht den Charakter der Armenunterstützung tragen. Das Reichsamt des Innern hat den Bundesregierungen deshalb zur Erwägung empfohlen, soweit immer möglich zu diesem Zweck Stiftungen heranzuziehen oder auf die Vereinstellung von Mitteln durch Gemeinden oder weitere Kommunalverbände hinzuwirken. Bei der Bearbeitung der von dem Oberpräsidenten hierzu eingegangenen Berichte hat sich gezeigt, daß ein Ueberblick über die verfügbaren Mittel nur durch eine nach einheitlichen Grundzügen geleitete Erhebung zu erlangen sein wird. Einen solchen Ueberblick zu gewinnen, ist vom gesundheitlichen und volkswirtschaftlichen Standpunkte aus erwünscht. Es ist deshalb ein Fragebogen ausgearbeitet worden, der die im allgemeinen in Betracht kommenden Formen der freiwilligen Unterstützung, die nicht als Armenunterstützung gewährt werden, und etwaige besondere Fälle der Unterstützung umfaßt. Dieser Fragebogen wird in der nächsten Zeit allen beteiligten Stellen zur Ausfüllung übermittelt werden. Die Verarbeitung des gesamten Stoffes wird dem kaiserlichen Gesundheitsamte zufallen. Nach Verlauf von etwa fünf Jahren soll die Erhebung wiederholt werden, um alsdann feststellen zu können, inwieweit die Anregungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind.

Ergebnisse der Invalidenversicherung für das Jahr 1906.

Die dem Reichstage zugegangene Nachweisung umfaßt die 31 Invalidenversicherungskassen und 9 zugelassene Kasseninstitutionen, die im Jahre 1906 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden.

Diese 40 Versicherungsämter besaßen am Jahresende insgesamt 293 Vorstandsmitglieder, 42 Hilfsarbeiter der Vorstände, 623 Aufsichtsratsmitglieder, 364 Kontrollräte, 2 Rentensitten, 124 Sachverständige, 2440 besondere Maschinenverkaufsstellen und etwa 7400 mit der Eingehung der Beiträge beauftragte Beamte.

An Wochenbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungskassen rund 640 Millionen Mark verbucht, die einen Erlös von 156 544 529 Mark ergaben. Daraus entfielen auf politische Arbeiter rüstlicher oder städtischer Staatsangehörigkeit rund 5,7 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 173 885 Mark. Bei den Kasseninstitutionen betrug die Einnahme aus Beiträgen 13 581 641 Mark.

Bei der Abschreibung für das Jahr 1906 wurden 135 193 Renten als im Jahre 1906 auszusagen behandelt, nämlich

111 585 Invalidenrenten, 12 569 Krankenrenten und 10 739 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbeitrage von 162 88 Mark, 163,29 Mark und 160,80 Mark.

Beitragsrückstellungen wurden im Jahre 1906 festgestellt bei 13 224 Kassenstellen, 710 Unfällen und 32 827 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 37,70 Mk., 78,46 Mark und 80,41 Mark stellte.

Auf diese rückgesetzlichen Entschädigungen wurden allein zu Lasten der 40 Versicherungsträger, also ohne den Anteil des Meißer, im Versicherungsjahre 1906 102 651 300 Mark gezahlt, und zwar an Renten 94 215 214 Mark, an Beitragsrückstellungen 8 436 145 Mark. Die hierzu zu tretende Leistung des Meißer belief sich auf 48 757 607 Mk.

Für das Verfahren wurden 13 468 262 Mark aufgewendet; hierbei sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse in Höhe von 3 478 139 Mk. bereits in Abzug gebracht. Der obige Betrag umfaßt u. a. die Unterzählungen an Angehörige der in Beschuldigung genommenen Versicherten in Höhe von 1 157 239 Mark. Darüber hinaus wurden aber noch weitere 754 163 Mark gewährt.

Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 590 563 Mark. Hierzu wurden durch Einbehaltung der Renten der Pileglinge 153 719 Mark erstattet und durch Zuschüsse von anderer Seite 29 089 Mark ersetzt, so daß den Versicherungsträgern eine Minusausgabe von 407 754 Mark erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 15 863 753 Mark ausgegeben, was auf 1000 Mark der Einnahme aus Beiträgen eine Ausgabe von 93 Mark, auf 1000 Mark der gesamten Ausgaben eine solche von 119 Mark bedeutet. Auf die einzelnen Arten verteilten sich die überhaupt als Verwaltungskosten aufzufassenden Aufwendungen so, daß von 1000 Mark auf die allgemeine Verwaltung 582 Mark, auf die Kosten für die Eingehung der Beiträge 154 Mark, auf die Kosten der Kontrolle 97 Mark und auf sonstige Kosten 167 Mark entfielen.

Zusammengefaßt haben sich im Jahre 1906 die Einnahmen auf 214 583 183 Mark, die Ausgaben auf 133 597 752 Mark beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 80 985 431 Mark ergibt.

Am Schlusse des Jahres 1906 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die rückgesetzliche Leistung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseninstitutionen auf 1 318 525 631 Mark, wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5 093 435 Mark tritt. Von 1000 Mark Vermögen waren 18 Mark im staatsrechtlichen Sinne vorhanden, während 982 Mark in Wertpapieren und Darlehen und 46 Mark in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des in Wertpapieren und Darlehen angelegten Teiles betrug 3,53 p. h. des Marktpreises.

Geldmangel und Industrie.

Die Lage des Geldmarktes ist von einschneidender Bedeutung für das gewerbliche und industrielle Leben. Es ist daher an der Lage des Geldmarktes nicht nur der Arbeiter und Geldmann interessiert, sondern auch der Arbeiter. Die heute herrschende Anspannung des Geldmarktes hat in kurzer Zeit so gewaltig zugenommen, daß die Reichsbankzinsen zu 7½ Proz. geklettert sind. Der Hauptgrund für die außerordentliche Geldknappheit liegt in den wirtschaftlichen Verhältnissen Amerikas begründet. Dort haben die Machthaber im Wirtschaftlichen immer wieder eine Politik der rücksichtslosen Ausdehnung verfolgt; kein Mittel für die Erreichung ihrer Zwecke war ihnen zu schlecht. Die Einrichtungen im amerikanischen Bankensystem verlagerten dann als der Kupferbach hereinbrach, welcher eben nur die Folge von unbedachten Maßnahmen der vorerwähnten Art war. Nunmehr entstand eine Weltkrise, welche sich auch auf Europa übertrug, da die Banken nicht nur ihre Einlagen einforderten, sondern auch durch billigen Abzug von Waren und verfallende Wertpapiere weiteres Geld nach Amerika hinüberholten. Dazu kommt, daß bei dem blühenden Wirtschaftlichen der starke Geldbedarf unserer heimischen Großindustrie schon seit längerer Zeit eine Geldknappheit herbeiführte. Diese Geldknappheit greift auch in anderen Ländern Platz. In deutschen Vorkriegszeiten spricht man bereits von Zahlungsschwierigkeiten größerer englischer Firmen. Dies deutet immerhin an, auf welche Ereignisse man schließlich in Deutschland gefaßt sein muß. Die gegenwärtige Krise in unserer Industrie, besonders im Baugewerbe ist das Ergebnis der jetzigen Geldknappheit. Durch den hohen Zinsfuß ist die Kredit in Anspruch nehmende Geschäftswelt in ihrer Tätigkeit außerordentlich eingeschränkt. Das Bauen lohnt sich kaum mehr; die Fabriken, welche auf Lager arbeiten, schränken ihre Vertriebe ein oder reduzieren die Löhne, und die Beschaffung der Rohstoffe erfolgt in geringerem Umfange, weil gleichzeitig eine Ueberhäufung der alten Welt mit amerikanischen Waren, und damit verbunden ein großer Preissturz, in den Bereich der Möglichkeit gerückt werden muß. Zahlungseinstellungen sind die unausweichlichen Folgen in Handel und Gewerbe, wenn die Geldknappheit für längere Zeit anhält.

Diese Erscheinung fällt so recht den Einfluß des Geldmarktes auf unser Wirtschaftliches erkennen: gleichzeitig aber auch die Gefahr, welche darin liegt, wenn unsere kapitalkräftigen Leute das Geld liegen lassen, als daß sie es dem Verkehr zuführen. Die Kassenanstalten, welche in den Industriebetrieben angelegt und reserviert sind, können auch für die Zukunft nicht entschert werden, falls nicht unsere Industrie den gefährlichsten Krisen ausgesetzt werden sollte.

Zunahme der Frauarbeit und Abnahme der Männerarbeit.

Nach den Statistiken der Krankenkassen in Berlin für das Jahr 1906 hat in diesem Jahre in Berlin die Frauarbeit in viel höherem Umfange zugenommen, als die Männerarbeit, so vielfach ist sogar eine Abnahme der Männerarbeit hervorgerufen. Im einzelnen wurden folgende Beobachtungen gemacht: Im Januar erhöhte sich die Zahl der weiblichen Mitglieder gegen den gleichen Monat des Jahres 1905 um 18 000, dagegen verminderte sich die Zahl der

weiblichen Mitglieder um 2800, im Februar trat bei den weiblichen Mitgliedern (immer gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahre) eine Steigerung von 12 600 hervor, bei den Männern traten wesentliche Veränderungen nicht ein. Im März wurden in den Berliner Krankenkassen 12 000 Frauen mehr und 3900 Männer weniger gezählt. Der April brachte eine Vermehrung von 91 000 Frauen und gleichzeitig auch eine Vermehrung von 7000 Männern. Der Juni brachte eine Abnahme von 12 800 männlichen Mitgliedern gegenüber. Im Juni wurden 14 000 Frauen mehr und 1900 Männer weniger gezählt. Die Monate Juli bis Oktober brachten eine Zunahme der männlichen Mitglieder, die sich zwischen 500 und 4200 bewegte, dagegen hatte sich erhöht der Bestand der weiblichen Mitglieder um 18 000 im Juli, um 16 000 im Oktober. Der November brachte eine weitere Erhöhung der weiblichen Mitglieder um 12 000 Personen, gleichzeitig war die Zahl der männlichen Mitglieder um 3400 zurückgegangen. Im gesamten Jahresdurchschnitt von Januar bis November berechnet, war der Mitgliedsbestand gestiegen um 1400 bei den Männern und um 15 000 bei den Frauen. Das ergibt eine Gesamtvermehrung um 16 400 Mitglieder. Dagegen hatte sich der gesamte Mitgliedsbestand in den Berliner Krankenkassen vermehrt um 39 000 im Jahre 1904, um 41 000 im Jahre 1905 und um 41 000 im Jahre 1906. Die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ist somit auch in den Mitgliederziffern der Krankenkassen zum Ausdruck gekommen.

Die Einkommensverteilung in Preußen.

In dem höchst lehrreichen Buche „Warum träben wir die soziale Reform?“ gibt der bekannte Sozialpolitiker Herr v. Berlepsch als ersten Grund an, daß die Arbeiterklasse nur in ganz bescheidener Weise an dem allgemeinen Wohlstand des Wohlstandes teilgenommen. Er weist dieses nach an den Resultaten der Einkommensverteilung in den verschiedenen Staaten des Reiches. So hatten im größten Bundesstaate Preußen im Jahre 1892 noch 70,27 Prozent, im Jahre 1900 noch 62,41 Prozent der Besitzten ein Einkommen von weniger als 900 Mark. Die Zeitperiode von 1900 bis Ende 1906 stand im Zeichen einer guten Konjunktur einerseits und andererseits im Zeichen einer rapiden Steigerung der Meißer- und Lebensmittelpreise. Die neueste Statistik über die Einkommensverteilung in Preußen zeigt uns, daß von dem goldenen Zeitaler, der während der letzten Jahre über unser Vaterland niedergegangen, die große Masse des Volkes sehr wenig mitbekommen. Laut der Statistik für 1906 besaßen von den 37 Millionen der preussischen Gesamtbevölkerung rund 20 Millionen, also mehr als die Hälfte, ein Einkommen von weniger als 900 Mark. Hierzu kommen noch circa 9 Millionen mit einem Einkommen von 900 bis 1500, so daß fast 30 Millionen Preußen der nichtbesitzenden Klasse angehören. Grund zur Fortführung einer kräftigen Sozialreform, sowie zum Zusammenschluß in Organisationen, dürfte daher noch mehr wie genügend vorhanden sein.

Bewahrt die Kinder für Alkohol.

Die Pflege der Volksgeundheit nimmt heute in ganz hervorragendem Maße das allgemeine Interesse in Anspruch. Mit Recht! Denn auf der Gesundheit des Volkes beruht das Wohl und die Zukunft der Nation; auf der Gesundheit auch das Lebensglück des einzelnen. Staat, Gemeinden und private Fürsorge sind in gleicher Weise bestrebt, Maßnahmen zum Schutze der Gesundheit für das ganze Volk und für einzelne Stände und Altersklassen zu treffen. In der Anlage unserer Städte, in dem Bau unserer Wohnungen, in Werkstätten und Fabrik, mehr und mehr sucht man den Vorschriften der Gesundheitspflege gerecht zu werden. Man errichtet Kranken-, Genesungs- und Erholungsheime, man trifft Fürsorge mütterlicher Art für schwächliche und erholungsbedürftige Kinder, für Säuglinge usw., alles im Dienste der Volksgeundheit. Aber während diese so auf der einen Seite gefördert wird, schlägt ihr auf der anderen Untergrund und Verdrängung immer wieder die schmerzlichen Wunden. Und da sind es an erster Stelle die naturgemäßen Hüter und Beschützer des heranwachsenden Geschlechtes, die Eltern, die leider noch immer in zahllosen Fällen die Ursachen sind, daß sich das junge Menschenweib niemals zur Vollkraft seiner Gesundheit entwickelt. Von den vielen Fehlern, die in dieser Hinsicht von Eltern und Erziehern begangen werden, steht nicht an letzter Stelle die Gewöhnung des Kindes an den Genuß alkoholischer Getränke. Wenn auch die Schädlichkeiten des mäßig genossenen Alkohols von dem völlig ausgereiften Körper der Erwachsenen überwunden werden können, für den unentwickelten keimenden Körper des Kindes bedeutet der Alkohol immer, auch in geringem Maße genossen, eine schwere Schädigung.

Zunächst leidet das Wachstum der Kinder dadurch. Professor Demme in Bern schreibt darüber: Unter 27 Fällen solcher Kinder, deren Längenwachstum im Vergleich mit normal entwickelten Kindern desselben Lebensalters ein erhebliches Zurückbleiben erkennen ließ, wurde neunzehnmal frühzeitiger und regelmäßiger Genuß alkoholischer Getränke notiert, während bei drei dieser Fälle nach vollständiger Aufhebung des Alkoholgenusses sich gegenüber früher allmählich eine recht erhebliche Zunahme des Längenwachstums durch Messung nachweisen ließ. Weiter raubt der Alkohol dem Körper seine Widerstandsfähigkeit gegen ansteckende Krankheiten. Professor Bunge in Waie hat nachgewiesen, wie gerade die Tuberkulose in einem alkoholisierten Körper einen guten Nährboden findet. Solche Kinder sind auch besonders empfänglich für Diphtherie, die dem Würgengel der Kinderwelt. Alkoholgenießende Kinder erkranken nicht nur häufiger, sondern auch schwerer als enthaltene Kinder. Ebenso wird die Muskelfraft gelähmt. Geradezu verhängnisvoll aber wirkt der Alkohol auf die Entwicklung des Kindes zur Reife; es wird eine frühzeitige Reife hervorgerufen, und geschlechtliche Verirrungen verhängnisvoller Art werden befördert. Kinder, die an Alkoholgenuß gewöhnt sind, können von dieser Gewöhnung auch später nicht lassen. Ihr Appetit wird von der ihnen zuträglichen Nahrung abgelenkt. Sie verschmähen erfahrungsgemäß

* Der Zinsfuß der Reichsbank wurde am 13. Januar auf 6½ Prozent ermäßigt.

gemäß die Misch, die alle Stoffe enthält, die zum Aufbau unseres Körpers notwendig sind. In erster Linie bezieht sich der Alkohol das Nervensystem. Die Klagen über die steigende Nervosität der Jugend würden zum Teil verstanden, wenn diesem Umstand Gewicht beigelegt würde.

Nicht minder groß sind die Schädigungen des Geistes. Zur Erhärtung diene eine Statistik, die Schuldirektor Dr. Bayer in Wien mit 591 Knaben und Mädchen feststellte:

Table with 3 columns: Consumption level, Genugend (Sufficient), Ungenügend (Insufficient). Rows include 'nie alkohol. Getränke genossen', 'nur gelegentlich tranken', 'täglich einmal Bier', 'zweimal Bier', 'täglich dreimal Bier'.

Eine Leipziger Volksschule zeigte dasselbe Resultat. Es erhielten von 134 Kindern, die keinen Alkohol genossen, 44,5 Proz. „gut“, 48 Proz. „genügend“, 7 Proz. „ungenügend“; von 164 Kindern, die nur ausnahmsweise geistige Getränke tranken, gaben nur 33 Proz. „gut“, 50 Proz. „genügend“, 17 Proz. „ungenügend“; bei 219, die regelmäßig täglich Bier bekamen, ergaben sich folgende Zahlen: 37 Proz. „gut“, 59 Proz. „genügend“, 13 Proz. „ungenügend“.

Daher die ernste Mahnung: Wecht den Kindern keinen Alkohol, nicht nur keinen Branntwein, auch keinen Wein und auch kein Bier. Und vor allem gewöhnt sie nicht an den Genuß alkoholischer Getränke! Das wäre gleichbedeutend mit einer Vergiftung der kindlichen Körper- und Geisteskräfte.

Die Entwicklung des Welt Handels

hat im letzten Jahrzehnt einen gewaltigen Aufschwung genommen, und zwar sowohl Ausfuhr wie Einfuhr. Wie der „Vorwärts“ aus einer amerikanischen Zusammenstellung des Aus- und Exports von 28 der wichtigsten Staaten mitteilt, hat sich der gesamte Handel derselben in den Jahren 1895—1905 von 60,06 auf 97,86 Millionen Mark vermehrt und zwar ist die Einfuhr um 56,5 Proz., die Ausfuhr um 70 Proz. gestiegen.

Table showing trade statistics for 1895 and 1905, categorized by country/region (e.g., Großbritannien, Deutschland, Vereinigte Staaten, etc.) with columns for Einfuhr and Ausfuhr in both absolute values and percentages.

Demgegenüber hat Nordamerika in der Ausfuhr mit 38 Prozent den höchsten Aufschwung gehabt, ihm folgt Deutschland mit 73 Prozent.

Was einem Geheimrat mit dem preussischen Vereinsgesetz passieren kann?

In der Hauptversammlung des Allgemeinen Anwaltsvereins, die am 28. Dezember 1907 in Berlin getagt hat, gab es bei der Eröffnung einen unerwarteten Zwischenfall, der die Handhabung der Vereinsbestimmungen und die Notwendigkeit der Reform des einschlägigen Vereinsrechts drastisch illustrierte. Zu verhandeln ist, daß der Zwischenfall sich ereignete in Gegenwart des Geheimen Oberbergamts und Vortragenden Rates im Ministerium, Steinbrink, und in Gegenwart der Vertreter des Oberbergamtes. Die „Allg. Volkstg.“ berichtet: „Der Vorsitzende, Herr Geheimrat Weidmann (Machen), äußerte nach Eröffnung der Versammlung: Zum ersten Male sehe ich hier einen Vertreter der Polizei. (Zu einem anwesenden Polizeibeamten gewandt.) Wir haben Sie nicht eingeladen. Darf ich Sie bitten, zu sagen, was Sie hierher gefahren hat? Der Polizeiwachtmeister erwidert: Ich bin von meiner vorgesetzten Behörde zur Überwachung hergehandelt worden. Der Vorsitzende: Hier findet keine öffentliche Versammlung statt. Sie trifft die Verantwortung, wenn Sie bleiben. Der Polizeiwachtmeister: Nennen Sie mir Ihren Namen, und ich werde mich entfernen und meiner vorgesetzten Behörde Bericht erlangen. Der Vorsitzende nennt seinen Namen, und der Polizeibeamte verläßt das Versammlungslokal.

Nach kurzer Zeit erscheint der Polizeibeamte wieder, führt einige Male im Saale auf und ab und setzt sich dann dem Vorstandssitz gegenüber nieder. Geheimrat Weidmann: Der Vertreter der Polizei hat sich wieder eingefunden. (Zum Polizeibeamten.) Ich fordere Sie auf, das Lokal zu verlassen, zum ersten Male. Der Polizeibeamte: Ich bin zur Überwachung hergehandelt. Hier werden öffentliche Angelegenheiten erörtert. Der Vorsitzende: Hier ist keine öffentliche Versammlung. Ich fordere Sie zum zweiten und dritten Male auf, den Saal zu verlassen. Der Polizeibeamte: Ich weigere mich. Wenn das so weiter geht, mache ich von meinem Rechte Gebrauch und löse die Versammlung auf. Der Vorsitzende: Um Sie, was Sie wollen, Sie haben sich geweigert, das Lokal zu verlassen. Das weitere wird sich finden. (Der Polizeibeamte bleibt.)

Sinn hat auch einmal ein Geheimrat, sowie der Vertreter eines Ministers die „Freiheit“ des preussischen Vereinsgesetzes kosten können. Ergötzlich wäre es gewesen, wenn der Polizeimann die Versammlung aufgelöst und der ministerielle Vertreter dieses seinem Chef hätte berichten müssen.

Soziale Wahlen.

Die Gewerbegerichts wahlen in Lambrecht (Pfalz), einer sogenannten Hochburg der Sozialdemokraten, brachte den christlichen Arbeitern einen schönen Erfolg. Vor der Wahl frohlodten die Gegner schon und meinten, die Christlichen würden vielleicht „auch einen“ durchbringen. In geschäftiger Kampfesweise stehen es die Gegner dann auch nicht fehlen, doch vergebens. Die christlichen Textil-, Metall- und Papierarbeiter ließen sich nicht beirren und waren auf dem Posten. Das Wahlergebnis war für die Genossen verblüffend. Auf die christliche Liste fielen drei Bewerber und ein Erbsmann; die bisher allein herrschenden Genossen erhielten 5 Wähler und 2 Erbsmänner. Hätten wir 10 Stimmen mehr gehabt, hätten wir noch einen der Unrigen mehr durchgebracht. Ein Bravo den christlichen Arbeitern von Lambrecht! Jetzt vorwärts zur weiteren Arbeit, zu neuen Erfolgen und Siegen!

Geldbeingänge im Monat Dezember.

Beckolt Streitw. 153,85, Emmerich 386,38, Sfelburg 385,35, Wasseralfingen 745,0, W.-Stadach 11,76, Landsbut 66,33, Böckh a. Main 254,12, Dortmund 1.119,09, Lünen 210,10, Salffe 200,58, Gmünd 1000,—, Pime 232,61, Pucksteinfurt 14,6, Forstheim West 0,35, Bredelar 28,25, Kalsruhe 1 0,—, Naderborn 103,10, Stuttgart 317,75, Sekoniat 74,0, Lübed 97,1, Kreilung 216,95, Gladbeck 10,—, Kockheim 16,58, Billingen 5,80, Teubitz 150,35, Speyer 26,02, Rotterdam 5,4, Berg. Gladbach 132,37, Sterkrade 271,30, Stolbera 4,20, Tarnstadt 39,9, Dinfelsühl 5,—, Wülhausen i. G. 500,—, Hannover 2,70, Wetmann 6,50, Glogau 15,—, Niedersberg 33,75, Berlin 9,—, Saagen 268,65, Lier 2,—, Wehrath 6,9, Bieren 15,34, Eincheur 58,97, Wiesbaden 47,80, Büssach 2,40, Kall 350,—, Marfuch 15,80

Berichtigung. Bei den Geldbeingängen vom Monat November sind von Eßen einseitig: 9668,28 Mark, nicht wie es infolge eines Druckfehlers heißt 68 Mark.

Briefkasten.

Nach Solingen. Bei Uebertreten aus andern Verbänden wird den betreffenden Kollegen ein Jahr der dortigen Mitgliedschaft angerechnet; d. h.: Die im letzten Jahre dort bezahlten Beiträge werden auf unsere Beiträge umgerechnet und jebiel Wochenbeiträge als bei uns bezahlt, angenommen. — Nach Hamm und andernwärts. Kein Buchhandlungsreisende oder Kolporteur hat eine Empfehlung des Generalsekretariats oder einer andern Gemeindeführung. Wer vorab eine solche zu haben, ist ein Schwindler oder Fälscher. Sämtliche Bücher und Broschüren, die für unsere Bewegung notwendig oder empfehlenswert sind, können durch die Buchhandlung des Gesamtverbandes, Köln, Palmstraße 11, bezogen werden. — Nach Pforzheim. Das ist absichtlich von uns ignoriert worden. Bis heute haben wir es heil abgesehen, den Kampf auf das rein persönliche Gebiet zu übertragen und deshalb auch von dem Prozeß E. S. L. D. W. keine Notiz genommen, obwohl die Ergebnisse dieses Prozesses zu einer Satire auf das jugenddemokratische Missionarsturnier herausfordern.

Sterbetafel.

Würzelen. Unser Kollege Pet. J. Nießen starb im Alter von 65 Jahren an Lungenentzündung. Böttrop. Am 6. Januar starb unser Kollege Franz Schulz im Alter von 26 Jahren an der Lungenentzündung. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen! Ein pflichtbewusster Gewerkschafter wird ohne zwingenden Grund in keiner Versammlung fehlen. Ahlen. Sonntag, den 19. Januar, vormittags 11 1/2 Uhr Generalversammlung, Vorstandswahl, Vortrag, Referent Kollege Kleinmann. Aachen-Burtscheid. Die Generalversammlung mit Vorstandswahl und Abrechnung 19 7 findet Sonntag, den 19. Januar, vormittags im Lokale Pinen Dammstr. 17 statt. Berlin. Mitgliederversammlung für Groß-Berlin findet jeden 2. Sonntagend im 9. onat abends 9 Uhr im Lokale Seydelstr. 30 (am Spittelmarkt) statt. Bureau und Arbeitsnachweis Berlin D 17 Küberdorferstr. 60. Bromberg. Sonntabend, den 25. Januar, Mitgliederversammlung. Bielefeld. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 4 Uhr bei Dehner Generalversammlung. Wichtige Tagesordnung. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Danzig. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 2 Uhr im St. Josephsbau Generalversammlung. Jahresbericht u. Vorstandswahl. Düsseldorf. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 1/2 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Termöhlen. Duisburg. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr öffentliche Arbeiterversammlung bei Etkens (vorm. Terzger) Kochfelder Straße. Referent: Die Kollegen Lieber und Samorski.

- Dortmund. Briefkasten. Samstag, den 25. Januar, abends 9 Uhr Uebertretungs-Versammlung. Eisenach. Die Generalversammlung findet am 18. Januar im Vereinslokal Lud. Georgenstraße 29 statt. Eßfeld. Sonntag, den 19. Januar, abends 7 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19. Den Kollen in der Ortsverwaltung Eßen zur Nachricht, daß in sämtlichen Versammlungen der Sektionsvorstand gewählt werden mögen sie zahlreich zu den Vortragsreden, der in allen Sektionen 1 Stunde vor Beginn der Versammlung beginnen, erscheinen. Keiner darf fehlen. Eßen-Segeroth. Sonntag, den 19. Januar, abends 7 Uhr Generalversammlung im Verkehrslokal Büsch, Segerothstraße. Eßen-Frohnhausen. Sonntag, den 19. Januar, abends 7 Uhr Generalversammlung im Verkehrslokal Markt Köthen, Frohnhauserstr. Eßen-Altendorf. Sonntag, den 19. Januar, abends 6 Uhr Generalversammlung im Verkehrslokal Alfenburg, Altendorferstr. Eßen-Wellwig. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Verkehrslokal Markt Köthen, Frohnhauserstr. Eßen-Weiden-Süßerdreh. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Hauptversammlung im Lokale Kimmestadt, Lührstraße. Eßen-Nellingshausen. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Verkehrslokal Markt Köthen. Eßen-Kray. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Verkehrslokal G. Ntenber. Emmerich. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung. Vortrag Frau Wildach, Düsseldorf, u. Kollege Franzen. Geislingen a. d. Ste. Ch. Am 24. Januar, Generalversammlung im „König Pavil“, abends präzis 8 Uhr. Gelsenkirchen-Eiffel. Sonntag, den 19. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl bei Wegener. Hamm. Ortsverwaltung. Sämtliche Sektionsversammlungen fallen am Sonntag den 19. Januar aus. Die Kollegen werden dringend ersucht, sich an der um 4 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Dberg stattfindenden Versammlung der christlichen Arbeiter zu beteiligen. Referent ist der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften Kollege Stegerwald Köln. Hannover-Linden. Ortsverwaltung. Sonntabend, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in den Räumen der Arbeiter-Kassale am Markt 3 Zimmer 1 und Lagerkammer: Vortrag vom Gewerkschaftssekretär Böhmke. Heddesheim. Sonntag, den 26. Januar, nachm. 4 Uhr Generalversammlung mit Vortrag im Dömerstall. Jßelburg. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung. Vortrag Frau Wildach, Düsseldorf, u. Kollege Franzen. Kalk. Ortsverwaltung. Die Sektionsversammlungen finden wie folgt statt: Koll und Linnart jeden 1. und 3. Sonntag im Monat morgens 11 Uhr; Kalk und Fankel-Colonnen jeden 2. und 4. Sonntag im Monat morgens 10 1/2 Uhr, sämtlich in den Vereinslokalen. Kattowitz. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 4 Uhr Generalversammlung im Scharf's Restaurant, Nikolaithe. Leichlingen. Samstag, den 25. Januar, abends 9 Uhr 6 Uhr Kufferrath Generalversammlung. München. Samstag 19. Januar Gold. Unter Monatsversammlung. Referat des Koll. Alt über: Die Tarifbewegung der Bauhöfeler. Nürnberg. Samstag, den 1. Februar, ordentliche Generalversammlung im Kollertarten. Tagesordnung: 1. Tätigkeits- und Jahresbericht. 2. Rechnung des Vorjahres. 3. Antrag 4. Beschlüssen. Anfang präzis 8 Uhr. Anträge sind bis längstens 15. Januar an den Vorsitzenden Koll. Nach zu richten. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Unentgeltliches Fernstudium wird nach Beschluß der letzten Generalversammlung mit 50 Pfennig Strafe zu Gunsten der Lokalkasse gestundet. Neueningen. Sonntag, den 27. Januar, nachm. 3 Uhr Generalversammlung im Lokale zum Friedh. Dagersheim. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Kuhneil. Ober. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 4 Uhr Generalversammlung bei Geschwister Kemper. Osabrück. Sektion Haste. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 5 Uhr Generalversammlung bei Wirt Kastemeier. Rheine. Samstag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal bei Wist. Siegen. Sonntag, den 26. Januar, außerordentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Lokalkassela. Solingen. Samstag, den 18. Januar, abends 9 Uhr Generalversammlung im Kronenbergr. 50, ordentliche Generalversammlung Referent: Kollege Broich. Schramberg. Sonntag den 19. Januar, um 1/3 11 Uhr im Bären Generalversammlung. Sulzbach. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 3 Uhr Generalversammlung mit Rechnungsablage und Vorstandswahl bei Josef Eckel. Unterkochen. Sonntag, den 19. Januar, Generalversammlung im Vereinslokal. Wiblingen. Die Generalversammlung findet am Sonntag den 19. Januar statt. Wilsdorf. Sonntag, den 19. Januar, im Gasthaus zum Dirch Generalversammlung. Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Wolfenbüttel. Unsere Versammlungen finden jeden dritten Sonntabend im 1. onat bei Ostermann, Schloßplatz 17 statt. Witten a. d. Ruhr. Samstag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung.

Advertisement for 'Nierenferl-Tabate' by Oldenfort-Rees. Text: 'Nierenferl-Tabate sind allen voraus! 1/2 Pfd.-Paquete à 20 Pfg. bis 1 Mark. Überall käuflich! Kleinige Fabrikanten: Oldenfort-Rees.'